

Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Krause, Thibault Walter Bernard:
Klimaföderalismus in den USA
Die United States Climate Alliance

Bachelorarbeit, Wintersemester 2021

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.74583>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2021

Thibault Walter Bernard Krause

**Klimaföderalismus in den USA
– Die United States Climate
Alliance.**

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
2020

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 01
2. Theoretische Grundlagen und Ableitung der Hypothesen	S. 05
2.1 Der interstaatliche Föderalismus	S. 05
2.2 Die Machtressourcentheorie	S. 08
2.3 Die Parteiendifferenztheorie	S. 09
2.4 Die Responsivitätstheorie	S. 12
3. Die Entstehung einer neuen Klimaallianz	S. 15
3.1 Die <i>United States Climate Alliance</i>	S. 15
3.2 Erklärungsfaktoren für ihre Gründung und Zusammensetzung	S. 17
3.2.1 Prüfung von H1: Die Rolle des interstaatlichen Föderalismus	S. 18
3.2.2 Prüfung von H2: Der Einfluss fossiler Brennstoffe	S. 24
3.2.3 Prüfung von H3: Klimapolitik als ‚blaue‘ Politik	S. 29
3.2.4 Prüfung von H4: Die Rolle responsiver Klimapolitik	S. 31
3.2.5 Abweichende Fälle	S. 37
4. Fazit und Ausblick	S. 40
Literaturverzeichnis	S. 45
Anhang	S. 54
Eigenständigkeitserklärung	S. 59

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vorkommen fossiler Brennstoffe in den USA	S. 25
Abbildung 2: Vergleich USCA- Mitglieder mit Partei der Gouverneure	S. 30
Abbildung 3: Vergleich USCA- Mitglieder mit YPCCC Umfrage	S. 34

Abkürzungsverzeichnis

BEA	U. S. Bureau of Economic Analysis
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
EIA	U. S. Energy Information Administration
EPA	U. S. Environmental Protection Agency
NSEE	National Surveys on Energy and Environment
USA	United States of America
USCA	United States Climate Alliance
YPCCC	Yale Program on Climate Change Communication

Gender-Disclaimer:

Die in dieser Bachelorarbeit gewählte männliche Form bezieht sich immer zugleich auf weibliche und männliche Personen. Auf eine Doppelbezeichnung wurde zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

1. Einleitung

„I was elected to represent the citizens of Pittsburgh not Paris“ (Trump, 2017). Mit diesen Worten kündigte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald J. Trump, den Austritt seines Landes aus dem Pariser Klimaabkommen an.

Das Pariser Klimaabkommen ist der Nachfolger des Kyoto-Protokolls aus dem Jahr 1997 und eine im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen verabschiedete Vereinbarung von 197 Staaten, die im November 2016 in Kraft trat (BMWi, 2020). Übergeordnetes Ziel dieses Übereinkommens ist die Verringerung der Treibhausgasemissionen und eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber den vorindustriellen Werten. Außerdem sollen die Klimaresistenz¹ der Länder gestärkt und die Investitionen in den Klimaschutz erhöht werden (United Nations, 2015).

Für die Entscheidung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten, erhielt Donald Trump international viel Kritik. Die Europäische Union „bedauert zutiefst die einseitige Entscheidung der Trump-Regierung, die USA aus dem Pariser Abkommen zurückzuziehen“ (Reuters, 2017) und Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Vereinten Nationen zeigten sich „enttäuscht“ (Independent, 2017). In einem gemeinsamen Schreiben bekräftigten die Regierungen von Frankreich, Italien und Deutschland ihre Zusage gegenüber dem Abkommen und riefen ihre Verbündeten dazu auf, die Anstrengungen für den Klimaschutz zu verstärken (Reuters, 2017).

Auch innenpolitisch wurde Präsident Trump vor allem von den Demokraten für seine Entscheidung kritisiert. Der ehemalige Präsident Bill Clinton beschrieb die Entscheidung als ein „mistake“ (Clinton, 2017), Joe Biden meint der Austritt „imperils US security“ (Biden, 2017) und Barack Obama sprach von „rejecting the future“ und zeigte sich „confident that our states, cities and businesses will do even more to help protect the one planet we have“ (Obama, 2017).

¹ Damit sind beispielsweise Anpassungen von Deichen zum Schutz vor dem steigenden Meeresspiegel gemeint.

Der Bürgermeister der von Trump zitierten Stadt Pittsburgh versicherte, dass seine Stadt an den Zielen des Pariser Klimaabkommens festhalten will (Peduto, 2017).

Doch nicht nur die Stadt Pittsburgh hat sich entschieden, dem Klimaabkommen treu zu bleiben, auch diverse Bundesstaaten wollten Trumps Entscheidung nicht akzeptieren. Noch am Tag der Austrittsverkündigung Donald Trumps gründete sich die in dieser Arbeit untersuchte und später noch näher vorgestellte² *United States Climate Alliance* (USCA). Deren Mitgliedstaaten versicherten, sich weiter an die Ziele des Pariser Abkommens zu halten (Inslee, 2017).

Dass einzelne Gliedstaaten sich der Politik des Gesamtstaates entziehen können bzw. bewusst eine Politik gegen die Bundesregierung betreiben können und dürfen, ist in dieser Ausprägung außergewöhnlich. Der US-amerikanische Klimaföderalismus ist dafür ein prominentes Fallbeispiel, und bereits vor der Gründung der USCA diskutierten Politikwissenschaftler, welcher institutionelle und politische Rahmen eine solche Divergenz ermöglicht. Besonders die Arbeiten von David M. Konisky (2011,2016) Neal D. Woods (2016,2018) oder Barry G. Rabe (2004,2011) stechen in diesem Zusammenhang hervor. Sie untersuchten, warum verschiedene Regierungsebenen – Bund oder Staaten – eine führende Rolle in der US-amerikanischen Klimapolitik eingenommen haben und einnehmen konnten (Konisky & Woods, 2018).³ Die Stellung der Bundesstaaten und des Bundes habe sich mit der Zeit häufig verändert und auch die beiden großen Parteien hätten eine ideologisch unterschiedliche Ausrichtung zu diesem Thema entwickelt (siehe Anhang). In einem Artikel aus dem Jahr 2010 beschreibt David M. Konisky von der *Indiana University* die US-Klimapolitik als „*a tug-of-war between federal, state, and sometimes local authorities*“ (Konisky, 2010: 76) und Barry G. Rabe von der *University of Michigan* als „*odyssey*“, in der sich die jeweiligen intergouvernementalen Rollen mit der Zeit immer wieder verschoben haben (Rabe, 2011: 469).

² Siehe Kapitel 3.1

³ Die Debatte nach der richtigen Kompetenzverteilung beschränkt sich im politischen System der USA nicht nur auf die Klimapolitik, sondern wird auch in anderen Feldern, z. B. der Gesundheits- oder Sozialpolitik, geführt.

In diesem Kontext ist nun die Gründung der USCA ein weiteres aktuelles Ereignis, um die Frage nach der Ausgestaltung der US-amerikanischen Klimapolitik, dem unklaren Verhältnis zwischen dem Bund und den Bundesstaaten sowie den ideologischen Unterschieden von Republikanern und Demokraten zu untersuchen.

Allerdings wurde in der Recherche für diese Arbeit keine Forschungsliteratur zu der noch jungen USCA gefunden und so sind auch noch keine kombinatorischen Untersuchungen aus einem föderalistischen Erklärungsansatz und ergänzenden Theorien als unabhängige Variable vorhanden. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Arbeit angesprochen und bearbeitet werden.

Ziel dieser Arbeit ist es, anhand der USCA, eine Erklärung für das unterschiedliche Verhalten der US-Gliedstaaten untereinander und im Verhältnis zur Bundesregierung zu finden.

Daraus leitet sich die folgende **Forschungsfrage** ab:

„Wie und warum ist es zur Gründung und gegenwärtigen Zusammensetzung der *United States Climate Alliance* gekommen?“

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wendet diese Bachelorarbeit eine Policy-Analyse im Stil einer theoriegeleiteten empirischen Erklärung im Y-zentrierten Forschungsdesign an. Mithilfe von vier Policy-Ansätzen will die Arbeit damit einen Beitrag zur Einordnung des gegenwärtigen Klimaföderalismus und der aktuellen Klimapolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika leisten.

Um die Ursachen für die Gründung und Zusammensetzung der Klimaallianz untersuchen zu können, werden der institutionelle Erklärungsansatz und die daraus resultierende Ausprägung des US-amerikanischen interstaatlichen Föderalismus um drei weitere Theorien ergänzt. Um eine möglichst abschließende Erklärung zu bieten, werden mithilfe der drei theoretischen Ansätze (i) Machtressourcentheorie, (ii) Parteiendifferenztheorie und (iii) Responsivitätstheorie drei weitere Hypothesen abgeleitet.

Diese theoretischen Ansätze und die daraus abgeleiteten Hypothesen werden dann anschließend anhand einer qualitativ-deduktiven Anwendung sekundärer Forschungsliteratur und sekundären Umfragedaten empirisch untersucht. Welchen Einfluss die klimapolitisch hemmende fossile Brennstoffindustrie in den jeweiligen Bundesstaaten hat, ob die USCA eine parteipolitische, ideologische Gegenreaktion der Demokratischen Partei auf die Klimapolitik von Präsident Trump darstellt und ob die Entstehung einer solchen Klimaallianz als Antwort auf die klimapolitischen Erwartungen der Bevölkerung an die Politik verstanden werden kann, sind hierbei die empirischen Fragestellungen.

Die vorliegende Arbeit beginnt mit der Vorstellung der vier theoretischen Ansätze und leitet aus diesen jeweils eine Hypothese ab. Außerdem wird das methodische Vorgehen präsentiert. Im Anschluss an den Theorieteil werden nach einer Vorstellung der USCA die Hypothesen der Reihe nach untersucht und auf das Fallbeispiel der USCA angewendet. Der Empirische Teil wird abgerundet mit der Untersuchung abweichender Fälle. Die Arbeit endet mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse sowie einem Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungsprojekte.

Die Ergebnisse der Arbeit können das Thema nicht abschließend erklären, sondern sind ein erster ergebnisoffener Versuch, eine möglichst (nach Steffan Ganghof formuliert) „gute“ Erklärung zur Entstehung und Zusammensetzung der Allianz zu bieten (Ganghof, 2019: 25).

2. Theoretische Grundlagen und Ableitung der Hypothesen

Zur Beantwortung der in der Einleitung formulierten Forschungsfrage werden die folgenden vier theoretischen Ansätze angewendet:

- der US-amerikanische interstaatliche Föderalismus,
- die Machtressourcentheorie,
- die Parteiendifferenztheorie
- und die Responsivitätstheorie.

Der interstaatliche Föderalismus ist dabei der institutionelle Erklärungsansatz und soll die Rahmenbedingung darstellen, die zur Gründung der USCA führten. Neu und ergänzend zum föderalistischen Erklärungsansatz bedient sich diese Arbeit der Machtressourcentheorie sowie der in der Politikwissenschaft schon länger genutzten Theorie der Parteiendifferenz, die aufgrund der großen thematischen Überschneidung noch um den Responsivitätsansatz nach dem Verständnis von Heinz Eulau und Paul Karps ergänzt wird (Eulau & Karps, 1977).

Im Folgenden sollen die vier theoretischen Konzepte beschrieben und daraus vier Hypothesen sowie die Art ihrer methodischen Untersuchung abgeleitet werden. Zu Beginn wird der US-amerikanische interstaatliche Föderalismus thematisiert.

2.1 Der interstaatliche Föderalismus

Aufgrund der unterschiedlichen Formen föderaler politischer Systeme und Regime ist eine genaue Definition des Begriffs *Föderalismus* schwierig. Einer der wohl bedeutendsten US-amerikanischen Föderalismusforscher, William H. Riker, versucht sich in seinem 1975 erschienenen Beitrag an der Definition: „*Federalism is a political organization in which the activities of government are divided between regional governments and a central government in such a way that each type of government has some activities on which it takes the final decisions*” (Riker 1975: 101).

Zwei der wohl bekanntesten Föderalismusformen sind der interstaatliche und der intrastaatliche Föderalismus. Und auch wenn der Begriff des *interstaatlichen Föderalismus* oftmals mit dem kanadischen System in Verbindung gebracht wird, ist

auch der US-amerikanische Föderalismus in dieses Modell einzuordnen (Broschek, 2009).

Eine erste Differenzierung zwischen einem inter- und intrastaatlichen System beschrieb der Verfassungsrechtler Karl Löwenstein (Broschek, 2009). Löwenstein selbst benutzte diese Begriffe nicht im engeren Sinne bezogen auf eine Föderalismusstruktur, sondern beschrieb in seinem Werk aus dem Jahr 1957 den Unterschied zwischen Inter- und Intraorgankontrolle. Der kanadische Autor Donald Simley bezog die von Löwenstein formulierte Unterscheidung dann auf die Föderalismusforschung (Broschek, 2009).

Zentrales Merkmal des interstaatlichen Föderalismus ist, dass die Autonomie der staatlichen Einheiten und die Vielfalt der Lebensbedingungen vor der im intrastaatlichen System herrschenden Idee der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse stehen. Dies soll durch eine dualistische Aufteilung der politischen Kompetenzen auf der institutionellen Ebene erreicht werden (Broschek, 2009). Die Kompetenzen sind dabei in der Regel nicht nach Art der Kompetenz zugewiesen, sondern nach verfassungsrechtlich definierten Politikfeldern aufgeteilt.⁴ Diese Unterteilung in Politikfelder hat zur Folge, dass die jeweilige staatliche Ebene in ihrem Kompetenzbereich nicht nur die legislative Autorität hat, sondern gleichzeitig auch die ausführende Gewalt sein muss (Welz, 2007). Eine Zusammenarbeit der Bundesexekutive mit den Ländern und eine Zusammenarbeit der Länder untereinander ist also in der Theorie nicht notwendig. Das in diesem Fall untersuchte US-amerikanische System wird deshalb auch oft als „*Trennföderalismus*“ bezeichnet und mit einem „*Schichtkuchen*“ verglichen (Laufer & Münch, 1998: 24).

Der interstaatliche Föderalismus, vor allem der Klimaföderalismus der USA, ist allerdings einem stetigen Wandel unterworfen. Dem historischen Konflikt zwischen Föderalismusbefürwortern und -gegnern geschuldet, lässt die Verfassung absichtlich „*many issues regarding the assignment of roles and responsibilities among governments [...] unclear*“ (Stotsky & Sunley 1997: 360).

⁴ In den Vereinigten Staaten von Amerika regeln die *Enumerated Powers* sowie der 10. Zusatzartikel der Verfassung die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern und es wird hier zwischen ausschließlichen und konkurrierenden Politikfeldern unterschieden (Welz, 2007).

Ergebnis dieses Wandels sind neben dem *Administrative Federalism*, sprich der Durchsetzung politischer Ziele über exekutive Verordnungen und Rahmensetzungen und nicht über den legislativen Weg, unter anderem auch der von Barry G. Rabe in 2011 vorgestellte *Contested Federalism*. Dieser beschreibt eine hohe Beteiligung des Bundes und der Bundesstaaten an der Klimapolitik. Beide Ebenen sind äußerst aktiv und „*collide, compete or cooperate with one another*“ (Rabe, 2011: 493). Diese Föderismusausprägungen werden als konkretes Ergebnis des interstaatlichen Modells in der empirischen Untersuchung die Argumentationsgrundlage abbilden.

Daraus leitet sich **Hypothese 1** wie folgt ab: ***Der US-amerikanische interstaatliche Föderalismus stellt die institutionelle Entstehungsgrundlage der United States Climate Alliance dar.***

Diese Hypothese untersucht die besondere Form des US-amerikanischen Klimaföderalismus als umfassenden Erklärungsansatz. Die USCA soll vorgestellt und als Ergebnis der föderalistischen Gegebenheiten präsentiert werden. Qualitativ-deduktiv wird hier die bestehende Forschungsliteratur analysiert. Dabei liegt der Fokus der Betrachtung auf den verschiedenen Föderalismusphasen und -ausprägungen, z. B. dem *Contested Federalism* nach Barry G. Rabe. Zusätzlich zur literarischen Sekundäranalyse lässt das für diese Arbeit durchgeführte Experteninterview mit Prof. Rabe⁵ vermuten, dass mit dem Rückzug des Bundes aus der Klimapolitik unter Donald Trump die Stellung der Bundesstaaten in diesem Politikfeld gestärkt und damit Klimapolitik verstärkt zur Politik der Gliedstaaten wurde.

Der vorgestellte institutionell-föderalistische Ansatz kann die Forschungsfrage nicht abschließend beantworten. Er präsentiert lediglich die notwendige theoretische Grundlage und wird deshalb um drei weitere Ansätze ergänzt. So werden im Folgenden die Machtressourcentheorie, die Parteiendifferenztheorie und die Responsivitätstheorie thematisiert. Unter Berücksichtigung dieser Theorien werden in den Kapiteln 2.2 bis 2.4 auch drei weitere Hypothesen aufgestellt.

⁵ siehe Anhang

2.2 Die Machtressourcentheorie

Der Einfluss der fossilen Brennstoffindustrie auf die Gründung und Zusammensetzung der USCA soll mithilfe der Machtressourcentheorie und der am Ende dieses Kapitels abgeleiteten Hypothese 2 untersucht werden.

Die Machtressourcentheorie gehört neben der Parteiendifferenztheorie zu den bedeutendsten Erklärungsansätzen der Staatstätigkeitsforschung und wurde hauptsächlich durch die Arbeiten von Walter Korpi (1983), Gøsta Esping-Andersen (1990) oder auch Mancur Olson (1985) geprägt (Ebbinghaus, 2015: 55). Die Theorie beschreibt, dass die inhaltliche Führung eines Landes durch die Machtverteilung von Politik und Wirtschaft zwischen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen bestimmt wird (Schmidt & Ostheim, 2007). Sie untersucht die Machtmittel und Mobilisierungsmöglichkeiten bestimmter Interessensgruppen, mit denen diese dann Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung eines Landes nehmen können (Ebbinghaus, 2015).

Für die Erforschung dieser Einflussnahme hat die Literatur verschiedene Ebenen der Nutzung von Machtressourcen definiert. Korpi beschreibt hier drei Ebenen: die Mobilisierung von Machtressourcen, die Aufrechterhaltung der Liquidität der Machtressourcen sowie die Nutzung von Machtressourcen (Korpi, 2001).

Mithilfe von Kriterien wie der Organisationskraft, der Konfliktfähigkeit, der Mobilisierungsstärke von Anhängern, aber auch der außerparlamentarischen und parlamentarischen Präsenz unter anderem von verbündeten Parteien hat die Forschungsliteratur Instrumente zur Erfassung dieser Ebenen von Machtressourcen definiert (Schmidt & Ostheim, 2007).

Während die Machtressourcentheorie ursprünglich vor allem Anwendung in der Untersuchung des Klassenkonfliktes zwischen Arbeit und Kapital mit dem Ziel der Entwicklung eines modernen Wohlfahrtsstaates, insbesondere unter Beobachtung der Rollen von Gewerkschaften und linken Parteien, fand, werden die theoretischen Ansätze in der vorliegenden Arbeit genutzt, um den Einfluss der lokalen Industrien in den

jeweiligen US-Bundesstaaten zu untersuchen, um damit Rückschlüsse auf die Entstehung und Zusammensetzung der USCA zu ziehen (Ebbinghaus, 2015).

Aus der Machtressourcentheorie wird daher folgende **Hypothese 2** abgeleitet: ***Klimafeindliche Wirtschaftsinteressen verhindern die Gründung und eine Mitgliedschaft in der Allianz.***

Die Hypothese impliziert die Annahme, dass Bundesstaaten, in denen Schwerindustrien und vor allem die Produktion und Förderung von Kohle, Öl und Gas dominant vertreten sind, ein geringeres Interesse an aktiver Klimaschutzpolitik haben und folgerichtig nicht Mitglied der USCA sind. Zur Untersuchung dieser Annahme soll die Mobilisierung und Organisationskraft der in manchen Regionen stark verankerten Öl-, Gas- und Kohleindustrie beleuchtet werden.

So werden zunächst die geographischen Vorkommen fossiler Brennstoffe betrachtet, um dann vor allem auf ihre Förderung einzugehen und abschließend den Einfluss auf den Wirtschaftsstandort des jeweiligen Bundesstaats zu untersuchen. Dafür werden das nominale Bruttoinlandsprodukt sowie die Arbeitsmarktdaten der Jahre 2018 und 2019 verwendet. Die Daten stammen vom *U.S. Bureau of Economic Analysis* (BEA) und der *U.S. Energy Information Administration* (EIA).

Nach der Machtressourcentheorie mit ihrer Hypothese 2 wird im nächsten Kapitel die Parteiendifferenztheorie vorgestellt.

2.3 Die Parteiendifferenztheorie

In den vorherigen Kapiteln wurden die ersten beiden Hypothesen 1 und 2 aus dem interstaatlichen Föderalismus und der Machtressourcentheorie herausgearbeitet. Im vorliegenden Kapitel wird aus der Parteiendifferenztheorie Hypothese 3 als weiterer Untersuchungsbaustein abgeleitet.

Der wohl größte Unterschied politischer Parteien liegt in ihren Kernverfassungen und ihrer allgemeinen ideologischen Haltung (Ladd & Hadley, 1973). Auch wenn sich die politischen Präferenzen in einigen Bereichen etwas überschneiden, vertritt keine Partei

genau dieselben Überzeugungen und Standpunkte wie ihre Mitbewerber im politischen System.

In der Parteiendifferenztheorie wird die Hypothese aufgestellt, dass die Politik eines Landes abhängig von den Parteien ist, die in der Regierung vertreten sind. Politisches Handeln ist dabei grundsätzlich als Funktion parteipolitischer Präferenzen definiert (Wenzelburger, 2015). In welchem Ausmaß eine Partei ihre politischen Kampagnen auf ein bestimmtes Thema konzentriert, hängt oftmals von ihren ideologischen Wurzeln und dem Versuch, die Kernthemen ihrer Stammwählerschaft anzusprechen, ab.⁶ Dabei verfolgen diese entweder das Ziel des *Vote-Seeking*, also das Ziel, ihre Wiederwahl zu sichern, oder die Regierungsparteien möchten im sogenannten *Policy-Seeking* ihre inhaltlichen Überzeugungen umsetzen (Wenzelburger, 2015).

Die Wissenschaft hat schon länger untersucht, ob die politisch-ideologische Haltung einer Regierungspartei zu einer entsprechenden Entscheidungsfindung und Priorisierung führt. Der US-amerikanische Volkswirtschaftswissenschaftler Douglas Hibbs stellte in einer Studie aus dem Jahr 1977 erstmals die sogenannte *Partisan Theory* (Parteiendifferenztheorie) auf. Seine Theorie beruht auf der 1958 von Alban Phillips etablierten Phillips-Kurve⁷ und beschreibt einen Zielkonflikt zwischen einer entweder hohen Inflationsrate oder einer hohen Arbeitslosenquote (Hibbs, 1977 & 1994). Laut Hibbs (1994) entscheiden sich Parteien eher links der politischen Mitte für den Schutz der Arbeitskräfte und nehmen eine höhere Inflationsrate in Kauf, während sich Parteien rechts der politischen Mitte stärker für Preiswertstabilität einsetzen und damit eine geringe, gleichmäßige Inflationsrate priorisieren.

Neben der Volkswirtschaft ist die *Partisan Theory* auch in der Klimapolitik der USA gut anwendbar. Dunlap, McCright und Yarosh stellen in ihren Arbeiten fest, dass die umweltpolitischen Positionen der Demokratischen und der Republikanischen Partei klar entlang von Parteilinien positioniert sind und dass sich diese Kluft weiter zu vergrößern scheint (Dunlap & McCright, 2008; Dunlap, McCright & Yarosh, 2016). Während die

⁶ Beispielhaft sind hier die Grünen Parteien zu nennen, die als Reaktion auf ein gestiegenes Klimabewusstsein entstanden sind.

⁷ Die Phillips-Kurve ist ein ökonomisches Konzept, das die inverse Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit darzustellen versucht (Phillips, 1958).

Umweltpolitik in der Vergangenheit noch parteiübergreifende Zustimmung erfuhr, beschreiben Hare und Poole (2014: 441) heute, dass „*even the most casual observer of American politics cannot help but notice that partisan conflict has grown sharper, unrelenting, and more ideological over recent decades*“.

Die Republikaner lehnen eine staatliche Einflussnahme auf die Umweltpolitik meist ab, während die Demokraten sich weiter für eine aktive staatliche Politik einsetzen. Außerdem ist zu beobachten, dass gewählte republikanische Vertreter grundsätzlich mit der Akzeptanz eines menschengemachten Klimawandels zu kämpfen haben (Besco, 2018).

Die Parteiendifferenztheorie bietet daher einen hilfreichen theoretischen Ansatz, um die Entstehung und Zusammensetzung der USCA auf Basis der klimapolitischen Agenda der beiden großen Parteien zu untersuchen. Als Klimaallianz, die sich für den Erhalt der Ziele des Pariser Klimaabkommens einsetzt, nimmt die USCA eine klare staatlich interventionistische Haltung in der Klimapolitik ein und platziert sich auf der klimapolitischen Konfliktlinie damit eindeutig auf der Seite der proaktiven staatlichen Regulierung, entgegen dem staatlich zurückhaltenden, marktwirtschaftlichen Ansatz.

Hypothese 3 wird somit folgendermaßen abgeleitet: ***Die USCA ist eine parteipolitische, ideologische Gegenreaktion der Demokratischen Partei auf Donald Trump und die Republikaner.***

Unter Anwendung der Parteiendifferenztheorie lässt sich mithilfe dieser Hypothese annehmen, dass demokratisch regierte Bundesstaaten die USCA als eine politische Antwort auf die zurückhaltende Klimapolitik der Republikaner unter Donald Trump nutzen. Es ist zu vermuten, dass demokratische Gouverneure eher Mitglied der Allianz sind als ihre republikanischen Kollegen.

Untersuchungen unter anderem von Hare und Poole (2014) sowie Knill, Debus und Heichel (2010) zeigen, dass die Parteipositionen in den Vereinigten Staaten einen eindeutigen Einfluss auf die Meinungs- und Entscheidungsfindung in der Klimapolitik haben und stark von der Regierungspartei beeinflusst werden (Besco 2018).

Somit lässt sich die Anwendung der Hypothese durch eine gezielte Untersuchung der Parteizugehörigkeit der Gouverneure sowie des Einflusses der jeweiligen Partei in einem Bundesstaat klar operationalisieren.

Nach der Parteiendifferenztheorie wird als letzter Erklärungsansatz die Responsivitätstheorie nach dem Verständnis von Heinz Eulau und Paul Karps angewendet und im letzten Theoriekapitel vorgestellt (Eulau & Karps, 1977).

2.4 Die Responsivitätstheorie

Nachdem mit Hypothese 3 der Einfluss der beiden großen US-amerikanischen Parteien in die Untersuchung mitaufgenommen wurde, wird nun die Responsivitätstheorie vorgestellt, um dann mit der daraus abgeleiteten Hypothese 4 die öffentliche Meinung in den jeweiligen Bundesstaaten untersuchen zu können.

Zentraler Bestandteil der Parteiendifferenztheorie ist das Handeln von Parteien in Bezug auf die Präferenzen ihrer Anhängerschaft. Um die Entscheidungsfindung der Gouverneure und der staatlichen Politiker über eine Mitgliedschaft in der USCA genauer erklären zu können und mögliche kausale Zusammenhänge festzustellen, erweitert diese Arbeit die bereits vorgestellte Parteiendifferenztheorie deshalb mit einer Responsivitätsuntersuchung.

Ein nennenswerter Autor zu diesem Themenfeld ist Robert Dahl (1971), der das responsive Handeln einer Regierung als Zeichen für eine gut funktionierende repräsentative Demokratie vorstellt. Grundsätzlich ist es in der politikwissenschaftlichen Literatur schwer, eine genaue Einordnung des Begriffs der *Responsivität* zu finden, da dieser auf unterschiedliche Art angewandt, intuitiv verwendet und grundsätzlich als bekannt vorausgesetzt wird (Brettschneider, 1995).

Im Allgemeinen liegt die Responsivität dem Konzept der Repräsentation nah und wird oft als ein Teil derer oder sogar als völlig äquivalent angesehen. In der Regel wird die Repräsentation allerdings als umfassender betrachtet. Pitkin erstellte 1967 eine erste Abgrenzung des Begriffs *Responsivität* vom Begriff der *Repräsentation* (Brettschneider, 1995). Sie unterteilt *Repräsentation* in drei zentrale Bestandteile: Erstens umfasst

Repräsentation eine Führungskomponente, in der gewählte Vertreter sowie die Wähler voneinander unabhängig handeln können, zweitens kann es zu Konflikten kommen, die aber nicht zu groß und zu oft auftreten dürfen. Drittens beschreibt Pitkin *Repräsentation* als „*acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them*“ (Pitkin, 1967: 209) und stellt damit auch einen ersten Responsivitätsansatz vor (Brettschneider, 1995).

Amitai Etzioni beschreibt in seinem Buch aus dem Jahr 1968 *Responsivität* als „*that which takes into account the needs of the units involved*“ (Etzioni, 1968: 670). Es wird das Konzept von zu viel und zu wenig Responsivität aufgestellt. Völlige Responsivität könne es allerdings aufgrund der vielfältigen Gesellschaftsausprägungen nicht geben, da immer eine Interessensgruppe benachteiligt werden würde. Nach Etzioni (1968: 505) herrscht in einem optimalen System „*averaging responsiveness*“.

Während bei Pitkin (1967) oder auch Etzioni (1968)⁸ zwar eine Unterscheidung der Begriffe *Repräsentation* und *Responsivität* zu finden ist, fehlt eine genaue operationalisierbare Definition der *Responsivität*. Heinz Eulau und Paul Karps stellten in ihrem Artikel aus dem Jahr 1977 erstmals eine anwendbare Definition der *Responsivität* auf und bieten damit eine theoretische Grundlage für die Untersuchung in der vorliegenden Arbeit. Mit ihrer Unterteilung der Responsivität in vier Formen entwickelten sie einen Untersuchungsansatz, um erklären zu können, warum die staatlichen Exekutiven sich für oder gegen klimapolitisches Engagement entscheiden.

Responsivität wird nach Eulau und Karps (1977: 241) „*as a complex, compositional phenomenon that entails a variety of possible targets in the relationship between representatives and represented*“ beschrieben. Die Repräsentation soll dabei aus vier Responsivitätsformen gebildet werden, die unabhängig voneinander betrachtet werden können: Die *Policy Responsiveness*, die *Service Responsiveness*, die *Allocation Responsiveness* und die *Symbolic Responsiveness* (Eulau & Karps, 1977: 241). Frank Brettschneider beschreibt diese Unterteilung in seiner Studie aus dem Jahr 1995 als ein „*begriffliches und konzeptionelles Raster*“, das eine Anwendbarkeit des Responsivitätsbegriffes ermöglicht (Brettschneider, 1995: 20).

⁸ und weiteren Autoren, z. B. Birch, bei dem die Responsivität eine von acht verschiedenen Repräsentationsfunktionen ist (Birch, 1971).

Um die Responsivität der staatlichen Politiker und vor allem die der Gouverneure untersuchen zu können, konzentriert sich diese Bachelorarbeit auf die Form der *Policy Responsiveness*. Diese beschreibt, dass gewählte Mandatsträger sich entsprechend der Einstellung ihrer „*Constituency*“ (Eulau & Karps, 1977: 241) verhalten, wobei Eulau und Karps hier nicht definieren, wer genau die *Constituency* darstellt. Für diese Arbeit wird die *Constituency* daher als die wahlberechtigte Bevölkerung in den jeweiligen Bundesstaaten definiert.

Aus dem theoretischen Ansatz der *Policy Responsiveness* wird folgende Hypothese abgeleitet:

Hypothese 4: *Klimapolitische Unterstützung aus der Bevölkerung führte in den entsprechenden Bundesstaaten zur Gründung der Klimaallianz und einer Mitgliedschaft.*

In einer quantitativ-qualitativen Untersuchung, welche unter anderem Umfragedaten des *National Surveys on Energy and Environment* (NSEE) des CLOSUP-Programms der Universität von Michigan und des *Yale Program on Climate Change Communication* (YPCCC) heranzieht, soll auf Basis der vorgestellten Responsivitätstheorie die öffentliche Meinung der US-Bevölkerung in den verschiedenen Bundesstaaten auf ihre klimapolitischen Überzeugungen und Einstellungen untersucht werden. Es ist zu erwarten, dass diejenigen Staaten, in denen die öffentliche Unterstützung von Klimapolitik und der allgemeine Glaube an einen menschengemachten Klimawandel höher sind, auch eher Mitglieder der Klimaallianz sind. Bundesstaaten, in denen der Glaube an den menschengemachten Klimawandel sowie die Unterstützung von staatlicher Klimapolitik nicht so ausgeprägt sind, sind weniger wahrscheinlich Mitglied der USCA.

Mit dem Aufstellen der letzten Hypothese 4 wurden die theoretischen und methodischen Grundlagen entwickelt, um nun in Kapitel 3 die Entstehung sowie Zusammensetzung der USCA zu thematisieren.

3. Die Entstehung einer neuen Klimaallianz

Zu Beginn dieser Bachelorarbeit wurde folgende Forschungsfrage aufgestellt: ‚Wie und warum ist es zur Gründung und gegenwärtigen Zusammensetzung der USCA gekommen?‘ Dem Y-zentrierten Forschungsdesign folgend, wurden nach der Einleitung mit dem interstaatlichen Föderalismus, der Machtressourcentheorie, der Parteiendifferenztheorie und der Responsivitätstheorie die vier theoretischen Erklärungsansätze zur Untersuchung der Gründung und Zusammensetzung der USCA etabliert. Nun soll mithilfe der empirischen Untersuchung eine Antwort auf die gestellte Forschungsfrage gefunden werden. Dabei wird mit einer kurzen Vorstellung der USCA begonnen und danach die im Theorieteil aufgestellten Hypothesen bearbeitet.

3.1 Die *United States Climate Alliance*

„I am proud to stand with other governors as we make sure that the inaction in D.C. is met by an equal force of action from the states“ (Inslee, 2017). Mit diesen Worten gründeten die drei Gouverneure Jay Inslee, Jerry Brown und Andrew Cuomo der Bundesstaaten Washington, Kalifornien und New York wenige Stunden, nachdem Präsident Donald J. Trump am 1. Juni 2017 angekündigt hatte, sein Land aus dem Pariser Abkommen zurückzuziehen, die USCA.

Der Gründung der USCA gingen mehrere Petitionen und Aufforderungen verschiedener Gouverneure und anderer öffentlicher Personen voraus, die vor dem 1. Juni die Bundesregierung baten, die USA im Pariser Klimaabkommen zu halten. Auf einige dieser Petitionen wird im späteren empirischen Untersuchungsteil⁹ dieser Arbeit noch näher eingegangen.

Schon wenige Tage nach der Gründung signalisierten weitere Bundesstaaten ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der USCA. Bis zum 5. Juni 2017 traten dem Bündnis neun weitere Staaten sowie Puerto Rico bei. Anfang 2020, zum Stand dieser Bachelorarbeit, umfasst die USCA 26 Bundesstaaten und Territorien¹⁰. Die Klimaallianz repräsentiert

⁹ Kapitel 3.2.3 und 3.2.5.

¹⁰ 24 Bundesstaaten sowie Puerto Rico und American Samoa.

damit über 55 % der US-Bevölkerung, eine Wirtschaftsleistung von ungefähr 12 Billionen Dollar und rund 40 % der Kohlendioxidemissionen des Landes in 2017 (USCA, 2019/2 & EIA, 2020/2).

Die USCA begreift sich als eine überparteiliche Koalition der US-Bundesstaaten und Territorien. Der Koalition liegt kein rechtsverbindlicher Vertrag zugrunde, sondern eine Absichtserklärung der Gouverneure, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten (Inslee, 2017). Genauer verpflichten sich die Mitgliedstaaten dazu, die Treibhausgasemissionen bis 2025 um mindestens 26 bis 28 % unter das Niveau von 2005 zu senken, wobei die Fortschritte verfolgt und der Weltgemeinschaft zugetragen werden müssen. Außerdem unterschreiben die Gouverneure, dass sich ihr Bundesstaat für die Umsetzung neuer und bestehender Maßnahmen zur Verringerung der Kohlenstoffbelastung und zur Förderung sauberer Energien auf allen Ebenen beschleunigt einsetzen wird (USCA, 2019/2).

Die Klimaallianz hat dabei drei Kernprinzipien (USCA, 2019/2):

- Die Bundesstaaten spielen beim Bekämpfen des Klimawandels eine führende Rolle und erkennen an, dass dieser eine ernste Bedrohung darstellt.
- Klimaschutzmaßnahmen kommen der Wirtschaft zugute und stärken die Gemeinschaft. Der Ausbau sauberer Energien schafft neue Arbeitsplätze und verbessert die öffentliche Gesundheit.
- Trotz des Rückzugs der Bundesregierung sind die Mitgliedstaaten entschlossen, an den internationalen Zielen festzuhalten, und zeigen dem Land und der Welt, dass ehrgeizige Maßnahmen erreichbar sind.

Die einzelnen konkreten Maßnahmen und Erfolge der verschiedenen Bundesstaaten beim Befolgen der aufgezählten Ziele und Kriterien lassen sich in jährlich veröffentlichten Berichten nachvollziehen. Laut eigenen Angaben ist die USCA bezüglich ihrer Ziele erfolgreich: Zwischen 2005 und 2017 reduzierten die heutigen Mitgliedstaaten des Bündnisses ihre kollektiven Treibhausgasemissionen um 16 %, verglichen mit 7 % für den Rest des Landes. In diesem Zeitraum wuchs die von diesen Staaten und Territorien erzeugte Wirtschaftsleistung pro Kopf zusammengekommen um 12 %, verglichen mit 4 % für den Rest des Landes (USCA, 2019/1).

Die Allianz arbeitet auch mit Partnern auf internationaler Ebene zusammen. Beispielsweise gründete die USCA mit Mexico und Kanada den *North American Climate Leadership Dialogue* mit dem Ziel, die klimapolitischen Bemühungen in ganz Nordamerika zu beschleunigen (USCA, 2018).

3.2 Erklärungsfaktoren für ihre Gründung und Zusammensetzung

Um die Gründung und Zusammensetzung der USCA möglichst umfassend und gut erklären zu können, wurden im theoretischen Rahmen folgende vier Hypothesen formuliert und das methodische Vorgehen zu deren Überprüfung präsentiert:

- **H1:** *Der US-amerikanische interstaatliche Föderalismus stellt die institutionelle Entstehungsgrundlage der USCA dar.*
- **H2:** *Klimafeindliche Wirtschaftsinteressen verhindern die Gründung und eine Mitgliedschaft in der Allianz.*
- **H3:** *Die USCA ist eine parteipolitische, ideologische Gegenreaktion der Demokratischen Partei auf Donald Trump und die Republikaner.*
- **H4:** *Klimapolitische Unterstützung aus der Bevölkerung führte in den entsprechenden Bundesstaaten zur Gründung der Klimaallianz und einer Mitgliedschaft.*

In den Kapiteln 3.2.1 bis 3.2.4 werden nun die Hypothesen der Reihe nach bearbeitet und auf die Forschungsfrage bezogen. Mögliche konzeptionelle Überschneidungen sowie eine gegenseitige theoretische Einflussnahme werden herausgestellt und sind teilweise zentraler Bestandteil der Argumentation. Angefangen wird mit Hypothese 1, die aus dem US-amerikanischen interstaatlichen Föderalismus abgeleitet wurde.

3.2.1 Prüfung von H1: Die Rolle des interstaatlichen Föderalismus

Um eine Antwort auf die Frage der Entstehung der USCA finden zu können, muss im ersten Schritt der institutionelle Kontext betrachtet werden. Es stellt sich die Frage, wie die föderalistischen Voraussetzungen aussehen, innerhalb derer die Bundesstaaten eigene Klimapolitik betreiben können. Um diese Frage untersuchen zu können wird folgende Hypothese 1 angewandt.

Hypothese 1: *Der US-amerikanische interstaatliche Föderalismus stellt die institutionelle Entstehungsgrundlage der USCA dar.*

Zur Untersuchung der Hypothese wird zu Beginn die verfassungsrechtliche Grundlage vorgestellt sowie die historische Entwicklung des Klimaföderalismus in den Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet.

Die Aufgabenverteilung zwischen den Bundesstaaten und dem Bund wird in der Verfassung der Vereinigten Staaten nach dem Prinzip des Zuständigkeitskatalogs geregelt. Dabei werden die verschiedenen Politikfelder den Gliedstaaten und dem Bund zugewiesen bzw. den Bundesstaaten bestimmte Politikfelder vorenthalten (Welz, 2007). Bei Betrachtung der sog. *Enumerated Powers* ist zu erkennen, dass die Umweltpolitik grundsätzlich eine Angelegenheit der Bundesstaaten ist. Artikel VI, Sektion 2 der Verfassung beschreibt allerdings, dass bei einer Überlappung von Kompetenzbereichen die Bundesgesetzgebung Vorrangstellung hat (Rakove, 2009: 231). Umweltpolitische Gesetze des Kongresses, die in ihrer Ausführung durch den Bund bestehende bundesstaatliche Regelungen aufheben, haben damit Vorrang vor der Umweltpolitik der Bundesstaaten (Rakove, 2009).

Auf Basis dieser verfassungsrechtlichen Grundlage lässt sich zusammenfassen, dass die Bundesebene und ihre in der Umwelt- und Klimapolitik zuständige *Environmental Protection Agency* (EPA) die Befugnis haben, national bindende Mindeststandards festzulegen, wobei sie in der Umsetzung dieser auf die Zusammenarbeit mit den Bundesstaaten angewiesen sind. Die Bundesstaaten können dabei nur das Minimum umsetzen oder aber weitreichendere Policies einführen (Kalb-Krause, 2005).

In dieser klimapolitischen Dynamik stellt sich die historische Frage, welche der beiden institutionellen Ebenen die Vorreiterrolle innehat.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewann Klimapolitik nur langsam an Bedeutung und wurde anfänglich nur schwach und eher symbolisch betrieben. Mit Gesetzen wie dem *Clean Air Act* (1970) oder dem *Clean Water Act* (1972) war es allerdings die Bundesregierung, die einige wenige Akzente setzen konnte (Kraft & Scheberle, 1998). Diese Vorreiterstellung des Bundes schwand in den 90er-Jahren und vor allem Anfang des 21. Jahrhunderts. In dieser Periode der staatlichen Dominanz, vor allem gekennzeichnet durch die Präsidentschaft des Republikaners George W. Bush, konnten klimapolitische Dynamiken und Muster erlebt werden, die später auch zum Zeitpunkt der Gründung der USCA wiederzuerkennen sind – auch hier unter einem republikanischen Präsidenten, Donald Trump. Mit der Wahl von Barack Obama endete die einseitige Dominanz der Bundesstaaten in der Klimapolitik und der US-amerikanische Klimaföderalismus tritt in die von Prof. Rabe definierte Phase des *Contested Federalism* ein (Rabe, 2011).

Dieser Wechsel deutete sich schon vor den Präsidentschaftswahlen 2008 an. Eine bedeutende Entscheidung des *Supreme Court* verrückte das Machtgefüge der institutionellen Ebenen. Im Fall *Massachusetts-gegen-EPA* urteilte das Verfassungsgericht im Jahr 2007, dass die EPA Kohlendioxid und andere Treibhausgase als Schadstoffe zu benennen und zu regulieren hat. Der *Supreme Court* stärkte damit entgegen dem Willen des Bundes seine Position¹¹ (Massachusetts v. EPA, 2007; Engel 2009).

Schon äußerst früh musste die Regierung Obama feststellen, dass es nicht möglich sein würde, weitreichende klimapolitische Initiativen legislativ durchzusetzen: 2009 scheiterte der Versuch eines umfassenden Emissionshandelssystems an der Ablehnung des Senates und als die Republikaner in den Kongresswahlen des Jahres 2010 die Mehrheit im Repräsentantenhaus erlangen konnten, waren die Möglichkeiten, neue Klimagesetze zu verabschieden, nicht mehr gegeben (Rabe, 2011). Um trotz des

¹¹ Die Regierung Bush hatte sich geweigert, Kohlenstoffdioxide als Luftschadstoffe anzuerkennen. Gegner der Klage waren neben der EPA auch die Automobilindustrie sowie z. B. die Staaten Texas und North Dakota.

blockierten Kongresses Klimapolitik betreiben zu können, ging die Regierung Obama den Weg der administrativen Durchsetzung. Auf Basis des *Clean Air Act* und des *Massachusetts-gegen-EPA-Urteils* nutzte die Regierung die Stellung ihrer Behörden, vor allem die der EPA, um mithilfe der bestehenden Gesetze und Rechtsurteile über Verordnungen, behördliche Regulierung oder individuelle Kooperation¹² mit den einzelnen Bundesstaaten Klimapolitik unabhängig vom Kongress durchzusetzen (Konisky, 2018; siehe Anhang).

Diese entschlossene Umsetzung einer *Administrative Presidency* unter Barack Obama erlangte in der Wissenschaft auch die Bezeichnung des *Presidential Federalism*. Dieser Begriff beschreibt, dass der Bund großen Einfluss auf die Klimapolitik ausübt, dabei jedoch auf die Zusammenarbeit mit den einzelnen Bundesstaaten angewiesen ist (Bulman-Pozen & Metzger, 2016).

Als Ergebnis dieses *Presidential Federalism* sind eine Machtverlagerung vom Kongress hin zu den Bundesbehörden und einem klimapolitisch äußerst aktiven Bund, der gleichermaßen aktiven Bundesstaaten gegenübersteht, zu beobachten. Das jeweilige Engagement der Bundesstaaten unterscheidet sich allerdings sehr und kann bis zur kompletten Opposition einzelner Staaten gegenüber der Klimapolitik des Bundes führen (Bulman-Pozen & Metzger, 2016). Fazit ist, dass unter dem *Presidential Federalism* Barack Obamas keine eindeutige Dominanz einer bestimmten institutionellen Ebene mehr zu beobachten war, die Klimapolitik war *contested* und die Bundesstaaten wurden als Folge des Kooperationszwanges selbstbewusster und eigenständiger (Rabe, 2011; siehe Anhang).

Mit Blick zurück auf die verschiedenen Phasen der Klimapolitik ist zu beobachten, dass die Bundesstaaten immer dann an Dominanz gewannen, wenn die Bundesebene sich freiwillig oder politisch gezwungen aus der Klimapolitik zurückzog. Ein Beispiel solch eines Rückzuges ist das Ablehnen des Kyoto-Protokolls der republikanischen Regierung von George W. Bush. Durch dieses Zurückziehen der Bundesebene konnten die Bundesstaaten dann die entstandene zwischenstaatliche Lücke in der Klimapolitik füllen (Rabe, 2011).

¹² Prominentes Beispiel der Zusammenarbeit ist die vom Bund im Jahr 2013 genehmigte Ausnahmeregelung für die besonders strengen Fahrzeugemissionsauflagen in Kalifornien (siehe Anhang).

Besonders prominent ist hier der Westküstenstaat Kalifornien, der unter dem damaligen Gouverneur Arnold Schwarzenegger als erster Bundesstaat eine Obergrenze für Treibhausgasemissionen einführte (Engel, 2009). Durch die Gründung regionaler Klimaallianzen und Initiativen sowie verschiedener Emissionshandelssysteme, z. B. der *Regional Greenhouse Gas Initiative* verschiedener Bundesstaaten Neuenglands oder dem *Midwestern Greenhouse Gas Reduction Accord*, übernahmen die Bundesstaaten die dominierende Rolle und waren auch mit ihren teilweise äußerst weitgehenden *Renewable Portfolio Standards* (RPS) der Taktgeber und Inspirator klimapolitischen Handelns (Rabe, 2008; Engel, 2009).

Mit der Wahl des republikanischen Präsidenten Donald Trump lässt sich dieses Muster seines republikanischen Vorgängers wiedererkennen. Der Austritt aus dem Pariser Abkommen ist dabei nur das prominenteste Beispiel und mit dem Ablehnen des Kyoto-Protokolls der Regierung Bush vergleichbar (Konisky, 2018).

Nun stellt sich die Frage, ob die USCA ein weiteres Ergebnis eines solchen Rückzuges und damit einer verstärkten Stellung der Bundesstaaten ist.

Zu Beginn der Präsidentschaft Trumps befindet sich der US-amerikanische Klimaföderalismus in der Phase des *Contested Federalism*. Beide institutionellen Ebenen kämpfen um die Vorreiterstellung in diesem Politikfeld. Mit Donald Trump lässt sich allerdings eine Tendenz zurück zur Bundesstaatendominanz erkennen (siehe Anhang).

Der neue republikanische Präsident trat sein Amt mit dem Ziel an, die klimapolitischen Fortschritte seines Vorgängers rückgängig zu machen, und stellte auch schnell klar, dass es unter ihm keine neuen klimapolitischen Initiativen geben wird und dies, obwohl er mit einem republikanisch dominierten Kongress alle Möglichkeiten hätte, z. B. den von ihm so stark kritisierten *Clean Air Act* neu zu verfassen (siehe Anhang). Mit der Ernennung des bekennenden Klimaskeptikers Scott Pruitt zum Leiter der EPA stellte Trump die unter Obama äußerst mächtig gewordene Klimaschutzbehörde auf seinen passiven Kurs in der Klimapolitik ein (Aldy, 2017). Folgerichtig legte die EPA daraufhin schon im Oktober 2017 einen Plan vor, um den in der Regierung Obama aufgelegten *Clean Power Plan* zurückzunehmen (EPA, 2017).

Pruitt erklärte zu Beginn seiner Amtszeit, dass er im Rahmen eines neuen *Cooperative Federalism* den Bundesstaaten mehr Verantwortung in der Klimapolitik geben wolle (Pruitt, 2017). Zu einer völligen Abkehr vom *Contested Federalism* ist es in den ersten Jahren der neuen Präsidentschaft allerdings nicht gekommen. Während Obama die *Administrative Presidency* nutzte, um bestehende Klimagesetze zu stärken und neue Regulierungen umzusetzen, setzt die Trump-Regierung mit Pruitt an der Spitze auf die gleichen administrativen Werkzeuge, um diese Fortschritte wieder zurückzunehmen und Regulierungen abzubauen. Das Ergebnis ist die bleibende Notwendigkeit des Bundes, mit den Gliedstaaten zusammenzuarbeiten (Konisky, 2018). Die Beziehung der beiden institutionellen Ebenen bleibt demnach umstritten, nun ist sie jedoch durch die Opposition einiger unter Obama selbstbewusst gewordener Bundesstaaten beeinflusst, die sich eine fortführende aktive Rolle des Bundes in der Klimapolitik wünschen.

Auch wenn die grundlegenden Elemente des *Contested Federalism* zu Beginn der Trump-Regierung noch vorliegen, ist eine Abkehr des Bundes von der Klimapolitik zu beobachten. Schon damals ließ sich erkennen, dass eine Kompensation dieser fehlenden Aktivität der Bundesregierung durch die Bundesstaaten stattfindet. Diese Kompensation der Bundesstaaten deckt sich mit der Mehrheitsmeinung der US-Bevölkerung. In einer Umfrage aus dem Jahr 2017, dem Gründungsjahr der USCA, stimmten 66 % der Amerikaner der Aussage zu, dass es in der Verantwortung ihres Bundesstaates liegt, bei fehlendem Engagement von Seiten des Bundes das Problem der Erderwärmung anzusprechen (NSEE, 2017).

Noch deutlicher als unter der Bush-Regierung sind jetzt allerdings die unterschiedlichen Reaktionen der verschiedenen Bundesstaaten. Während manche Staaten wie z. B. Kalifornien ihre Klimapolitik verstärken¹³, gibt es Staaten, die das Signal des Bundes nutzen, um ihre eigenen klimapolitischen Aktivitäten einzuschränken (Konisky, 2018). Am deutlichsten aber besteht die Reaktion mancher Bundesstaaten wie auch von Städten und Kommunen darin, sich gegen die Politik des Präsidenten zu stellen und die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Das prominenteste Beispiel ist die Gründung der *USCA*.

¹³ Z. B. verlängerte Kalifornien im Juli 2017 sein *Cap-and-Trade-Programm* bis 2030 (Center for Climate and Energy Solutions, 2018).

Schon in der in Kapitel 3.1 erwähnten Gründungserklärung, aber auch in der Beitrittserklärung der Gouverneurin Michelle Lujan Grisham aus New Mexico lässt sich erkennen, dass die USCA als Antwort auf einen Rückzug des Bundes verstanden wird. Grisham (2019) erklärte: „*We know all too well states cannot rely on the federal government right now to act responsibly and take [...] action*“ (Grisham, 2019). Wie schon bei Präsident Bush, der das Kyoto-Protokoll ablehnte, stellt die USCA die Antwort auf das Austreten der USA aus dem Pariser Klimaabkommen dar.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich mit der Wahl des Klimaskeptikers Donald Trump und seinem Rückzug aus der Klimapolitik das intergouvernementale Verhältnis zugunsten der Bundesstaaten verschoben hat. Die in der klimapolitischen Verhandlungszeit unter Barack Obama gestärkten Bundesstaaten nutzten die von der Trump-Regierung geöffnete Lücke, um die USCA zu gründen. Der besondere interstaatliche US-amerikanische Föderalismus mit seinen Ausprägungsformen des *Contested* und *Administrative Federalism* in der Klimapolitik ist damit die Entstehungsgrundlage für die Gründung einer solchen Allianz. Somit kann Hypothese 1 angenommen werden.

Nachdem sich die USCA als das Ergebnis einer neuen, klimapolitisch passiven Bundesregierung unter Donald Trump herausgestellt hat und damit die institutionelle Basis geschaffen wurde, sollen nun weitere Erklärungsfaktoren hinzugezogen werden, um neben der Gründung auch die Zusammensetzung der Allianz erläutern zu können. Zu Beginn wird auf Basis der Machtressourcentheorie der Einfluss fossiler Brennstoffe untersucht.

3.2.2 Prüfung von H2: Der Einfluss fossiler Brennstoffe

2018 kandidierte Richard Ojeda für den dritten Wahlbezirk des Bundesstaates West Virginia für das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. Ojeda teilte vor der Wahl mit, dass er 2016 für Donald Trump gestimmt hatte und sich für den Erhalt der Kohleminen in seinem Bundesstaat einsetzen würde (Hassenkamp, 2018). Ojeda ist Mitglied der Demokratischen Partei und auch wenn er – wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit untersucht werden wird – mit solch einem Wahlkampf gegen die traditionell klimafreundliche Linie seiner Partei verstieß, hätte er in einer Trump- und Kohlehochburg wie West Virginia ansonsten noch weniger Chancen gehabt.

Obwohl er mit einem Ergebnis von 43 % der Stimmen seiner republikanischen Mitbewerberin Carol Miller unterlag¹⁴, zeigt der Wahlkampf Ojedas, welche Organisations- und Mobilisierungskraft die Kohleindustrie in einem Staat wie West Virginia haben kann (Hassenkamp, 2018). West Virginia ist seit Gründung der USCA im Juni 2017 kein Mitglied der Klimaallianz und hat bis heute keine Pläne für eine mögliche Mitgliedschaft vorgestellt.

Die Situation in West Virginia ist kein Einzelfall. Somit soll mit folgender Hypothese der Einfluss der Industrie fossiler Brennstoffe in diesem Kapitel untersucht werden:

Hypothese 2: Traditionell klimafeindliche Wirtschaftsinteressen verhindern die Gründung und eine Mitgliedschaft in der Klimaallianz.

Es gibt noch sehr wenige Untersuchungen zum Einfluss von Machtressourcen auf die Klima- und Umweltpolitik eines Landes. Nun sollen – neben den im vorangegangenen Kapitel gezeigten föderalistischen Voraussetzungen – in diesem Teil der Arbeit die Machtressourcen und damit der Einfluss klimafeindlicher wirtschaftlicher Interessen innerhalb der Bundesstaaten auf die Klima- und Umweltpolitik eines Landes als weitere mögliche Antwort auf die in der Einleitung gestellte Forschungsfrage herangezogen werden.

¹⁴ Ein für demokratische Verhältnisse gutes Ergebnis, Clinton bekam hier 2016 nur 23 % (NYT, 2016).

Im ersten Schritt der Untersuchung soll die geographische Verteilung der Vorkommen von fossilen Brennstoffen in den USA betrachtet werden.

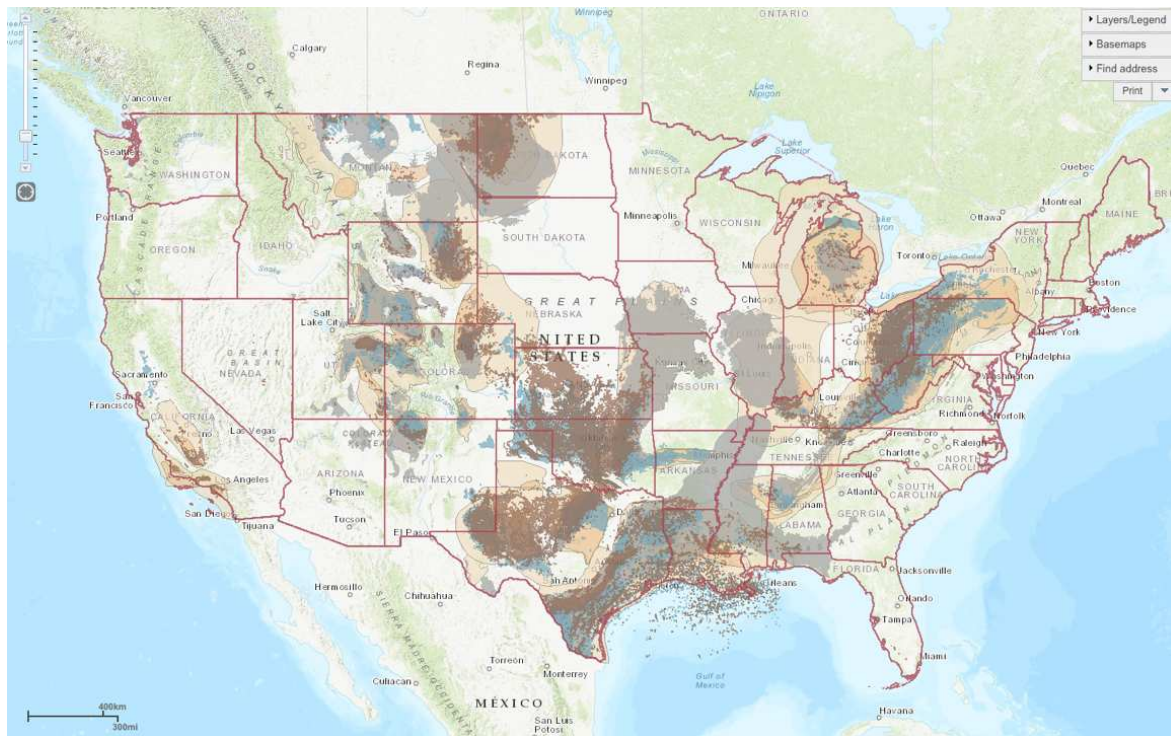


Abbildung 1
Grafik: EIA, 2020

In Abbildung 1 ist die geographische Verteilung von Kohlevorkommen (schwarzgrau), Öl- und Gasvorkommen (orange) sowie Sedimentbecken (hellgelb) zu erkennen. Die zahlreichen braunroten Punkte stellen aktive Öl- und Gasquellen dar, unter anderem auch das in der Öffentlichkeit äußerst umstrittene Fracking¹⁵.

Es ist zu erkennen, dass sich die Vorkommen fossiler Brennstoffe hauptsächlich auf die Bundesstaaten im Landesinneren der USA konzentrieren. Während die Küstenregionen im Osten und Westen sowie manche Staaten im Norden keine natürlichen Vorkommen vorweisen, sind in den Südstaaten, in den Staaten der Rocky Mountains und in den Bundesstaaten der zentralen Appalachen besonders viele natürliche Vorkommen fossiler Brennstoffe zu finden. Schon die Betrachtung der Liste der USCA-Mitgliedstaaten und der Vorkommen fossiler Brennstoffe zeigt, dass vor allem diejenigen Bundesstaaten, die keine solchen Vorkommen aufweisen, Mitglieder der Allianz sind.

¹⁵ Die Grafik zeigt auch die im Golf von Mexiko vorhandenen Offshore-Plattformen.

Das natürliche Vorkommen von fossilen Brennstoffen allein kann allerdings keine ausreichende Erklärung für die Entscheidung für mehr Klimaschutz und eine eventuelle Mitgliedschaft in der USCA liefern. Im nächsten Schritt werden deshalb die wirtschaftliche Nutzung dieser Vorkommen sowie die Abhängigkeit der Bundesstaaten von diesen Industriezweigen untersucht.

32 US-Bundesstaaten förderten im Jahr 2019 Rohöl. Die Fördermengen der verschiedenen Bundesstaaten unterscheiden sich allerdings stark voneinander. Texas ist 2019 mit mehr als 1,85 Milliarden Barrel für mehr als 41 % der gesamten Rohölförderung der Vereinigten Staaten verantwortlich. An zweiter Stelle liegt mit 512 Millionen Barrel mit großem Abstand North Dakota. Die Top-10-Staaten förderten 2019 rund 80 % der gesamten Fördermenge der USA (EIA, 2020/1). Von den 32 Ölförderstaaten sind nur neun Mitglieder der USCA und bis auf drei später behandelte Ausnahmen liegen die Fördermengen dieser neun USCA-Staaten im unteren, äußerst geringen Förderbereich¹⁶. Das USCA-Mitglied Virginia z. B. nimmt mit im Vergleich sehr geringen 4000 Barrel im Jahr 2019 den letzten Platz ein (EIA, 2020/1).

Bezüglich der Kohleförderung lässt sich ein ähnliches Muster erkennen. Auch hier sind es einige wenige Bundesstaaten, die eine starke Förderung von Kohle aufweisen. Insgesamt fördern 23 Bundesstaaten Kohle, sieben davon sind Mitglied der USCA. Von diesen 23 Staaten sind die Top 5 für rund 71 % der gesamten Kohleproduktion des Landes verantwortlich. An erster Stelle liegt Wyoming gefolgt von West Virginia und dem USCA-Mitglied Pennsylvania (EIA, 2019). Auch bei der Kohle ist zu erkennen, dass hauptsächlich Bundesstaaten, die nicht Mitglied der Klimaallianz sind, eine aktive Industrie in diesem Industriezweig vorweisen und dass bei den sieben USCA-Kohleförderstaaten eine im nationalen Vergleich nur sehr geringe Förderaktivität besteht. Sie sind nur für rund 23 % der Kohleförderung des Landes verantwortlich, wobei hier vor allem die gemeinsamen 13 % der Staaten Pennsylvania und Illinois die Liste mit großem Abstand anführen¹⁷ (EIA, 2019).

¹⁶ Die Fördermenge der verbleibenden sechs USCA-Staaten (New Mexico, Kalifornien, Colorado ausgenommen) liegt im Durchschnitt bei rund 7 Millionen Barrel pro Bundesstaat. Insgesamt förderten diese sechs Staaten nur knapp 1 % der gesamten US-Fördermenge (EIA, 2020/1).

¹⁷ Die beiden Staaten fördern rund 58 % der Menge der sieben USCA-Kohleförderstaaten (EIA, 2019).

Die vorgestellten Zahlen scheinen die in der Hypothese aufgestellte Vermutung des wirtschaftlichen Einflusses zu bestätigen. USCA-Mitgliedstaaten sind mit großer Mehrheit Staaten, die keine oder eine nur sehr kleine Öl-, Gas- oder Kohleindustrie aufweisen. Während Bundesstaaten wie Texas, Oklahoma, North Dakota oder auch West Virginia die wichtigsten Öl-, Gas- und Kohleförderer des Landes sind, ist z. B. in den Staaten Neuenglands oder an der Westküste, auch den geologischen Umständen geschuldet, keine oder eine nur sehr geringe Förderung fossiler Brennstoffe zu finden.

Neben den absoluten Zahlen ist auch die Bedeutung dieser Industrien ausschlaggebend für die Untersuchung der aufgestellten Hypothese. Hierfür sollen das nominale BIP für das Jahr 2019 sowie Daten zum Arbeitsmarkt aus dem Jahr 2018 in den jeweiligen Staaten als Untersuchungsgröße herangezogen werden. Diese Betrachtung bietet auch erste Erklärungen zu den in der Untersuchung aufgezeigten Ausnahmen, nämlich Bundesstaaten, die trotz großer Aktivität in diesen Industriezweigen dennoch Mitglied der Klimaallianz sind. Besonders auffällig sind hier die Staaten Pennsylvania, Kalifornien, Colorado, Illinois und New Mexico, die alle im nationalen Vergleich relativ hohe Fördermengen fossiler Brennstoffe aufweisen.

Es stellt sich daher die Frage, wie wirtschaftlich abhängig die jeweiligen Bundesstaaten von ihren fossilen Brennstoffen sind¹⁸. Allgemein ist zu beobachten, dass die fossile Brennstoffindustrie in den USCA-Förderstaaten im nationalen Vergleich teilweise sehr aktiv sein kann, für den einzelnen Staat jedoch eine eher weniger bedeutende Rolle spielt. In Kalifornien z. B., unter den Top 10 der wichtigsten Öl- und Gasförderstaaten, macht diese Industrie lediglich rund 0,3 % des BIP und 0,2 % der Arbeitsplätze aus. In Colorado, ebenfalls einem bedeutenden Kohle-, Öl- und Gasproduzenten, sind es beim BIP nur 3 % und bei den Arbeitsplätzen nur 1,5 %. In Pennsylvania und Illinois, beide unter den Top-5-Kohleproduzenten, trägt die Förderung lediglich zwischen 0,5 % und 2% zum BIP bei und die Branche beschäftigt nur 0,3 % und 0,6 % der Arbeitskräfte (BEA, 2020).

Während diese eher klimafeindlichen Industrien in der Mehrheit der USCA-Staaten also gar nicht erst vorhanden sind bzw. nur eine geringe wirtschaftliche Bedeutung für den

¹⁸ Alle Branchen (Kohle, Öl, Gas etc.) werden für diese Untersuchung zusammengefasst.

jeweiligen Staat aufweisen, spielen sie in den Nicht-USCA-Mitgliedstaaten eine deutlich wichtigere Rolle. Im Nicht-USCA-Staat Texas liegt der Beitrag der fossilen Brennstoffindustrie zum BIP bei rund 8 % und die größten und wichtigsten Ölkonzerne wie z. B. ExxonMobil, ConocoPhillips oder Valero Energy haben im *Lone Star State* ihren Sitz. Mit der *Port Arthur Refinery* verfügt Texas außerdem über die größte Öltraffinerie des Landes (Kennedy, 2016). Während z. B. die Werte des BIP in den USCA-Staaten im unteren einstelligen Bereich liegen, sind sie in den wichtigsten Nicht-USCA-Förderstaaten oftmals zweistellig. In Wyoming z. B. liegen sie bei rund 17 %, in Alaska bei 16 %, in Oklahoma bei 12 %, in North Dakota bei 11 %. Die Arbeitsmarktzahlen sind in diesen Staaten mit rund 3 % bis rund 7 % ebenfalls höher als in den USCA-Mitgliedstaaten mit durchschnittlichen Werten unter einem Prozent (BEA, 2020).

Die vorliegende Untersuchung lässt somit einen eindeutigen Zusammenhang zwischen einer USCA-Mitgliedschaft und der industriellen Bedeutung eher klimafeindlicher Industrien – hier der Industrien der fossilen Brennstoffe – erkennen. Auch wenn auf Basis dieser Ergebnisse Hypothese 2 vorläufig angenommen werden kann, bedarf es neben der Beleuchtung des wirtschaftlichen Einflusses solcher Industrien auch einer genaueren Untersuchung des möglichen politischen Einflusses, z. B. durch Lobbying. Es bleibt außerdem zu beachten, dass der Großteil der Förderung fossiler Brennstoffe nur von einigen wenigen Staaten ausgeht. Außerdem sind auch viele Bundesstaaten, die – hauptsächlich aufgrund fehlender natürlicher Vorkommen – einen wirtschaftlich geringen Einfluss solcher Industrien aufweisen, nicht Mitglied der USCA. Beispielhaft sind hier die Küstenstaaten im Südwesten oder auch einzelne Staaten im Mittleren Westen zu nennen. Hier sind es andere, in dieser Arbeit noch später angesprochene Faktoren, die ausschlaggebend für den Mitgliedsstatus in der Klimaallianz sind.

Zum Schluss dieser Untersuchung soll auch noch der Fall New Mexicos angesprochen werden, der hier eine Ausnahme unter den USCA-Förderstaaten darstellt. Die Förderung von fossilen Brennstoffen im USCA-Staat New Mexico machte im Jahr 2019 rund 10 % seines BIP aus und war für rund 3 % der Arbeitsplätze verantwortlich. Damit liegt New Mexico auf Augenhöhe mit Nicht-USCA-Staaten wie West Virginia oder North Dakota. New Mexico kann damit als Einzelfall die aufgestellte Hypothese nicht bestätigen.

Eines der entscheidenden Kriterien zur Erfassung von Machtressourcen ist die Regierungsbeteiligung eigener oder verbündeter Parteien (Schmidt & Ostheim, 2007). Deshalb wird im nächsten Kapitel dieser Arbeit zur Parteiendifferenztheorie der Einfluss der Demokraten und Republikaner untersucht und als eine weitere erklärende Variable vorgestellt, die unter anderem auch die dennoch bestehende Mitgliedschaft New Mexicos in der USCA aussagekräftig erklären kann.

3.2.3 Prüfung von H3: Klimapolitik als ‚blaue‘ Politik?

Vor der Austrittsankündigung des Präsidenten unterschrieben am 3. Mai 2017 zwölf Gouverneure eine Petition an Donald Trump mit der Bitte, die Vereinigten Staaten im Pariser Klimaabkommen zu halten (Georgetown Climate Center, 2017/1). Alle zwölf Gouverneure waren Mitglieder der Demokratischen Partei, unter anderem auch die Gouverneure der drei USCA-Gründungsstaaten New York, Kalifornien und Washington.

Mit folgender Hypothese wird der Einfluss der Parteizugehörigkeit der Gouverneure untersucht:

Hypothese 3: Die USCA ist eine parteipolitische, ideologische Gegenreaktion der Demokratischen Partei auf Donald Trump und die Republikaner.

Mit Hypothese 3 soll im folgenden Kapitel die Parteiendifferenztheorie als erklärende Variable für das Entstehen der USCA untersucht werden. Es geht um die Fragen, wie groß der ideologische politische Unterschied zwischen den Demokraten und Republikanern ist und ob dieser ein Grund für die Gründung und aktuelle Zusammensetzung der Klimaallianz sein kann. Die USCA begreift sich als überparteiliche Koalition von Gouverneuren der US-Bundesstaaten und -Territorien. Doch es stellt sich die Frage, wie überparteilich die USCA wirklich ist.

Als Koalition der Gouverneure ist es deren Entscheidung, ob ihr Staat Mitglied der USCA wird oder nicht. Um eine mögliche Parteiendifferenz erkennen zu können, wird nun in einem ersten Schritt die Parteizugehörigkeit der Gouverneure in Verbindung mit dem

Mitgliedsstaaten der USCA in Grün
Grafik: UN Foundation, 2019

Gouverneure der US Bundesstaaten
 Rot: Republikaner, Blau: Demokraten
 Grafik: Wikipedia, 2019

Abbildung 2

Auch die *Midterm*-Wahlen im Jahr 2018 beschreiben beispielhaft eine entlang von Parteilinien geprägte USCA. In 36 Bundesstaaten fanden Gouverneurswahlen statt und von den sieben durch einen demokratischen Kandidaten neugewonnenen Bundesstaaten²⁰ traten wenige Monate nach der Wahl sechs neu in die USCA ein. Einer dieser sechs Staaten ist das im vorherigen Kapitel erwähnte New Mexico, in dem nach acht Jahren republikanischer Exekutive die neu gewählte demokratische Gouverneurin Michelle L. Grisham mit dem Eintritt in die USCA einen „*important shift in direction on climate policy in New Mexico*“ (Grisham, 2019) ankündigte.

¹⁹ Sowie Puerto Rico und American Samoa. Aufgrund der theoretischen föderalistischen Grundlage betrachtet diese Arbeit nur US-Bundesstaaten.

²⁰ Die Republikaner konnten keinen neuen Staat von den Demokraten abgewinnen.

Auf Basis der hier vorgestellten Ergebnisse ist eine klare Parteiendifferenz zwischen den Demokraten und den Republikanern zu erkennen. Dies spiegelt sich auch im Wahlverhalten republikanischer Abgeordneter und Senatoren im US-Kongress wider. In einem von der *League of Conservation Voters* jährlich vorgestellten *National Environmental Scorecard* sind die Ergebnisse für republikanische Mandatsträger, basierend auf ihrem Wahlverhalten im Kongress, deutlich weniger klimafreundlich als die für ihre demokratischen Kollegen. Dieser Unterschied hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt (Dunlap, 2016). Während sich die Demokraten für mehr Klimaschutz und Klimapolitik einsetzten, scheinen die Republikaner ein Mehr an staatlicher Regulierung in der Klimaschutzthematik abzulehnen.

Hypothese 3 kann daher vorläufig angenommen werden. Allerdings besagt die Parteiendifferenztheorie auch, dass Parteien die Präferenzen ihrer Anhängerschaft bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen. Um deshalb die Bedeutung und eine Kausalität zwischen den soeben gefundenen Zusammenhängen als wichtige erklärende Variable für die Entstehung und Zusammensetzung der USCA noch klarer hervorstellen zu können, wird im nächsten Schritt die öffentliche Meinung der US-Bevölkerung untersucht.

Im Folgenden soll die Parteiendifferenztheorie um den Ansatz der Responsivität ergänzt werden. Dabei werden die Unterschiede zwischen den Mitgliedern und Wählern der Demokraten und Republikaner aufgezeigt und es wird mit Hypothese 4 vor allem eine regionale, bundesstaatliche Komponente als Erklärungsfaktor mitaufgenommen.

3.2.4 Prüfung von H4: Die Rolle responsiver Klimapolitik

„Public sentiment is everything. With public sentiment, nothing can fail. Without it, nothing can succeed“ (Lincoln, 1858).

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, welchen Einfluss die öffentliche Meinung auf die Entstehung und vor allem die Zusammensetzung der USCA hat. Es geht um die Fragen, welche Rolle die Einstellung der Bürger bei der Gründung der Allianz spielte sowie, ob ein Zusammenhang zwischen unterschiedlichen

klimapolitischen Überzeugungen in den jeweiligen Bundesstaaten und deren Mitgliedschaft in der USCA besteht.

Hypothese 4: *Klimapolitische Unterstützung aus der Bevölkerung führte in den entsprechenden Bundesstaaten zur Gründung der Klimaallianz und einer Mitgliedschaft.*

Die vorgestellte Hypothese nimmt an, dass diejenigen Staaten, in denen der Glaube der Bevölkerung an einen (menschengemachten) Klimawandel besonders hoch ist, auch eher Mitglieder der USCA sind.

Da die USCA eine Koalition von Gouverneuren ist, geht die Hypothese – auf Basis der *Policy Responsiveness* als Erweiterung der Parteiendifferenztheorie – davon aus, dass die Einstellung der Bürger zur Klimathematik Einfluss auf die staatlichen Politiker und vor allem auf die Entscheidungsfindung der Gouverneure hat. Neben anfänglich zunächst parteiunabhängigen Umfrageergebnissen wird auch der Einfluss der Parteizugehörigkeit auf die Einstellung des Individuums beleuchtet.

In ihrer landesweiten Umfrage im Rahmen des *Yale Programm on Climate Change Communication* beschreiben Peter Howe, Jennifer Marlon und Anthony Leiserowitz die öffentliche Meinung als „*an important influence on decision making about policies to reduce global warming*“ (Marlon & Howe & Mildenerger & Leiserowitz, 2019). In regelmäßigen Umfragen untersucht das YPCCC die Einstellung der Bevölkerung zur globalen Erwärmung und zur Klimaschutzpolitik. Dabei unterscheiden sie zwischen den verschiedenen intergouvernementalen Ebenen bis hin zu den Städten und Kommunen. Da es sich bei der USCA um eine Allianz von Gouverneuren und ihren Bundesstaaten handelt, sind für diese Arbeit die Umfrageergebnisse auf bundesstaatlicher Ebene von Bedeutung. Um gezielt die Gründung der USCA im Jahr 2017 und ihre mit der Zeit erweiterte Zusammensetzung behandeln zu können, werden in dieser Untersuchung Umfragedaten verschiedener Institute ab dem Wahljahr 2016 herangezogen.

Eine große Mehrheit von 76 % der Amerikaner befürworten eine Mitgliedschaft ihres Landes im Pariser Klimaabkommen. Bei Anhängern der Demokraten sind es hier ganze 94 % und auch bei den Republikanern stimmt eine Mehrheit von 54 % einer Mitgliedschaft zu, allerdings lehnen nur 33 % der Republikaner die Entscheidung

auszutreten, explizit ab. Bei den Demokraten sind es hier 92 % (YPCCC, 2019/2). Wie deutlich wird, könnten die Unterschiede zwischen den beiden Parteien kaum größer sein.

In einer Umfrage im Präsidentschaftswahljahr 2016, ein Jahr vor Gründung der USCA, gab eine Mehrheit von 70 % der Amerikaner an, dass sie an einen Anstieg der Erdtemperatur glauben (NSEE, 2019; YPCCC, 2016). Bei Betrachtung der Ergebnisse in den einzelnen Bundesstaaten ist in jedem Staat eine befürwortende Mehrheit zu dieser Aussage zu finden. Allerdings sind starke Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu erkennen. Während in den USCA-Gründungs- und -Mitgliedstaaten New York (77 %), Kalifornien (75 %) und Washington (73 %) die Zustimmungswerte besonders hoch sind, sind die Zahlen aus z. B. West Virginia (60 %) und Alabama (63 %), beides keine Mitgliedstaaten der Allianz, niedriger (YPCCC, 2016). In derselben Umfrage im Jahr 2019, zwei Jahre nach Gründung der USCA, sind ähnliche Werte und eine vergleichbare Verteilung der Ergebnisse zu beobachten (YPCCC, 2019/1).

Während die Mehrheit der Amerikaner in allen Bundesstaaten an eine Erderwärmung glaubt, stellen sich die Ergebnisse bei der Frage nach der Ursache anders dar. Auffällig ist hier der deutliche Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern. Während insgesamt nur noch 53 % der Aussage zustimmen, dass die globale Erwärmung hauptsächlich durch menschliche Aktivitäten verursacht wird (YPCCC, 2016),²¹ sind es bei Anhängern der Republikaner nur 35 %, wohingegen es bei den Demokraten ganze 79 % sind (YPCCC; 2018/1). Bei den für die Wahl von Präsident Trump entscheidenden konservativen Republikanern sind es sogar nur 15 % (Pew Reserach Center, 2016). Auch hier gibt es wieder Unterschiede zwischen den Staaten. Wie bei den vorherigen Ergebnissen lagen die Zustimmungsraten 2016 parteiunabhängig mit 58 % für New York, 59 % für Kalifornien und 55 % für Washington über dem nationalen Schnitt.

Anfang 2020 umfasste die USCA 24 Bundesstaaten sowie zwei US-Territorien, die seit 2017 der Allianz angehören. Wird der Mitgliedsstatus dieser 24 Bundesstaaten mit den Ergebnissen derselben Befragung des YPCCC des Jahres 2019²² verglichen, so ist zu erkennen, dass Bundesstaaten, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung an einen menschengemachten Klimawandel glaubt, auch Mitglieder der USCA sind.

²¹ Ähnliche Ergebnisse auch vom Pew Reserach Center und dem NSEE-Programm.

²² Aber auch schon mit der des Jahres 2016.

Wenn in einem nächsten Schritt die Parteimitgliedschaft der Gouverneure in den Vergleich miteingebracht wird, so zeigt sich, dass Staaten mit höheren Zustimmungswerten nicht nur Mitglied der Klimaallianz sind, sondern auch, entlang der ideologischen Parteilinien, einen demokratischen Gouverneur stellen. Auch hier ist der schon in verschiedenen Studien und Umfragen herausgestellte ideologische Unterschied zwischen den beiden Parteien in der Klimapolitik erkennbar.²³ Staaten, in denen die Menschen eher nicht an einen menschengemachten Klimawandel glauben, sind nicht nur nicht Mitglied der USCA, sondern stellen überwiegend auch einen republikanischen Gouverneur.

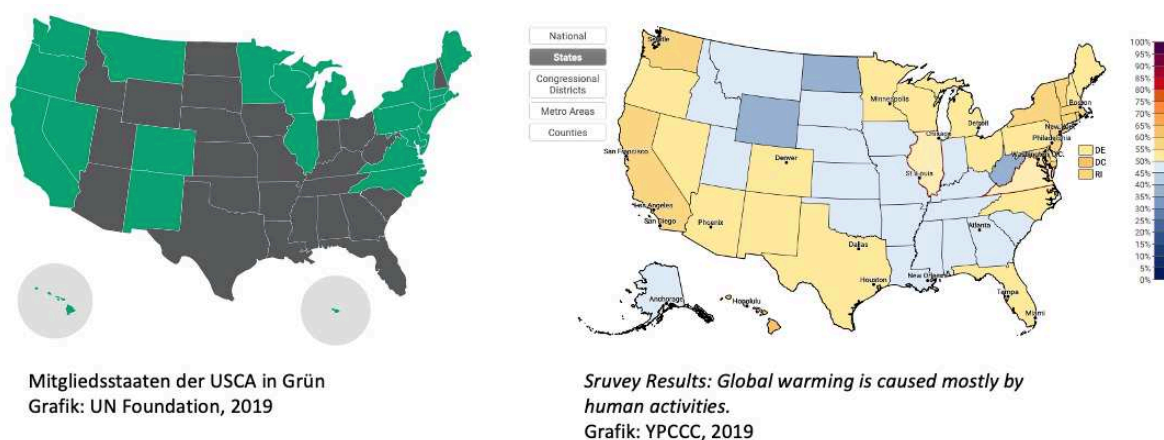


Abbildung 3

In Abbildung 3 ist der Zusammenhang zwischen USCA-Mitgliedschaft und Zustimmungswerten zu beobachten. Die linke Grafik zeigt, grün markiert, die Mitgliedstaaten der USCA, während auf der rechten Grafik die Ergebnisse der YPCCC-Umfrage aus dem Jahr 2019 pro Staat aufgeführt sind. Je dunkelblauer ein Staat eingefärbt ist, umso geringer ist der Glaube an eine menschengemachte Klimaerwärmung in der Bevölkerung. Während in den 24 USCA-Mitgliedstaaten durchschnittlich 55 % an die menschliche Ursache glauben, sind es in den anderen 26 US-Staaten durchschnittlich nur 45 % (YPCCC, 2019/1, eigene Berechnung). Es ist zu erkennen, dass vor allem die Staaten der sog. *Blue Wall*²⁴, also die Staaten der Westküste, an der Ostküste (vor allem Neuengland) und um die Großen Seen, hohe Zustimmungswerte bei der Frage an einen menschengemachten Klimawandel aufweisen und parallel dazu Mitglieder der USCA sind. Die Südstaaten und die Staaten des Mittleren Westen sowie die Staaten der Rocky Mountains, traditionell Staaten der Republikaner, haben dagegen niedrigere

²³ Unter anderem in YPCCC, 2018/1 / NSEE, 2018 / Dunlap, 2016.

²⁴ Bundesstaaten, in denen die Demokraten historisch gute Ergebnisse erzielen und besonders stark sind.

Zustimmungswerte, überwiegend unter der 50 %-Marke, und sind nicht Mitglieder der USCA.

Die vorgestellten Zahlen suggerieren, dass die Einstellung der Bevölkerung im Bundesstaat, also der *Constituency*, einen Einfluss auf die Entscheidung des Gouverneurs hat, Mitglied in der USCA zu werden. Doch es stellt sich die Frage, ob es sich hier wirklich um einen kausalen Zusammenhang handelt. Um diesen zu untersuchen, soll im Folgenden die Salienz der Klimaschutzthematik analysiert werden. Es geht um die Frage, wie wichtig die globale Erwärmung für die Wahlentscheidung der Bürger ist und welche Unterschiede es zwischen Anhängern der Republikaner und Demokraten gibt.

Das YPCCC hat in seiner Erhebung im Jahr 2019 auch die Frage gestellt, ob der eigene Gouverneur mehr gegen die globale Erwärmung unternehmen sollte. 56 % stimmten dieser Aussage zu (YPCCC, 2019/1).²⁵ Eine Mehrheit der Amerikaner wünscht sich also, dass ihr regionaler Exekutivchef mehr für die Bekämpfung der globalen Erwärmung tut. Werden hier wieder die USCA-Mitgliedstaaten mit denen, die nicht in der Allianz sind, verglichen, so ist zu erkennen, dass mit durchschnittlich 56,4 % der Wert der Mitgliedstaaten im nationalen Durchschnitt liegt, während es bei den restlichen Staaten im Durchschnitt nur 51,7 % sind (YPCCC, 2019/1, eigene Berechnung).

Während in den USA vor allem wirtschaftliche Themen, die soziale Sicherheit, Bildung sowie die Waffenpolitik eine entscheidende Rolle spielen, sind die globale Erwärmung und der Klimawandel für die Wahlentscheidung der Amerikaner grundsätzlich eher nur zweitrangig von Bedeutung. 46 % der Amerikaner sagen, dass der Klimawandel zu den obersten politischen Prioritäten zählen sollte (Pew Reserach Center, 2018). Der Unterschied unter den Anhängern der beiden Parteien könnte hier kaum größer sein. 68 % der Demokraten sagen, dass der Klimawandel große Priorität haben sollte, während es bei den Republikanern nur 18 % sind (Pew Reserach Center, 2018). Für die Wahlen 2020²⁶ ergab eine Umfrage des YPCCC, dass die Erderwärmung für konservative

²⁵ Bei der Frage nach dem Präsidenten oder dem Kongress waren es bei beiden 60 % (YPCCC, 2019/1).

²⁶ Üblicherweise werden in den USA mehrere Wahlen zusammen abgehalten. Neben dem Präsidenten werden im November 2020 z. B. auch 13 neue Gouverneure gewählt.

Republikaner einen nur sehr geringen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat, während es bei den liberalen Demokraten das wichtigste Thema darstellt²⁷ (YPCCC, 2019/3).

Auch sind Unterschiede zwischen den Bundesstaaten zu beobachten. Unter den 24 USCA-Mitgliedstaaten stuften 36 % der Wähler die globale Erwärmung als ‚sehr wichtig‘ für ihre Wahlentscheidung ein, in den drei Gründungsstaaten sind es sogar 40 %. Bei den 26 Staaten, die nicht Mitglied der USCA sind, sind es dagegen nur 30 % (YPCCC, 2018/2, eigene Berechnung).

Auf Basis der in dieser Arbeit vorgestellten Untersuchungen und Ergebnisse lassen sich zusammenfassend die Parteiendifferenztheorie sowie die Responsivität als Erklärungsvariablen für die Entstehung und Zusammensetzung der USCA heranziehen. Es ist klar erkennbar, dass hauptsächlich die Demokratische Partei und ihre Gouverneure staatliche Klimapolitik vorantreiben wollen und die USCA auch als politische Plattform nutzen, um ein Zeichen für den Klimaschutz und gegen die Klimapolitik Donald Trumps zu setzen. Dieses Verhalten steht im Einklang mit den Überzeugungen und Wünschen ihrer Wählerschaft, nicht nur aus der eigenen Parteibasis, sondern auch in ihren jeweiligen Bundesstaaten. Parallel dazu ist zu beobachten, dass in den Mitgliedstaaten der USCA die Unterstützung der Bevölkerung für mehr Klimaschutz größer ist als in Nichtmitgliedstaaten und dass diese auch eher Staaten sind, die sich an der Richtung der Demokratischen Partei orientieren. Die staatlichen Politiker, vor allem die Gouverneure, handeln gegenüber ihrer *Constituency* responsiv. Die Hypothesen 3 und 4 können damit abschließend angenommen werden. Es gilt dennoch zu beachten, dass die Umfrageergebnisse teilweise äußerst eng aneinander liegen und die Erderwärmung sowie der Klimaschutz grundsätzlich keine große Bedeutung für die Wahlentscheidung der Amerikaner darstellen.

In dieser Untersuchung fallen einige Bundesstaaten auf, bei denen die soeben vorgestellten Zusammenhänge auf den ersten Blick nicht zutreffen. Diese Ausnahmen werden im anschließenden und für diese Untersuchung letzten Kapitel genauer betrachtet.

²⁷ Ergebnis aus 29 verschiedenen Wahlthemen.

3.2.5 Abweichende Fälle

In der empirischen Untersuchung konnten die Hypothesen 2 bis 4 grundsätzlich angenommen werden. Dennoch sind vereinzelt Bundesstaaten aufgetreten, die nicht eindeutig in die in dieser Arbeit gefundenen Zusammenhänge passen.

Die USCA-Mitgliedsstaaten Vermont, Massachusetts und Maryland beispielsweise stellen je einen republikanischen Gouverneur und widersprechen damit den Ergebnissen im Rahmen von Hypothese 3. Auf der anderen Seite sind Louisiana, Kentucky und Kansas demokratisch geführte Staaten und nicht Mitglied der USCA. Im USCA-Staat Montana ist z. B. entgegen der Hypothese 4 eine sehr starke Klimaskepsis innerhalb der Bevölkerung zu beobachten, während Florida oder Texas nicht Mitglieder der USCA sind und im nationalen Vergleich leicht klimafreundliche Umfrageergebnisse der Bevölkerung vorweisen können.

Die hier aufgezählten Bundesstaaten können bei getrennter Anwendung der einzelnen Theorien die in dieser Arbeit herausgefundenen Zusammenhänge auf den ersten Blick nicht bestätigen. Es stellt sich daher die Frage, wie sich diese abweichenden Fälle erklären lassen.

In Vermont, Massachusetts und Maryland scheint die Parteimitgliedschaft der Gouverneure als Variable eher weniger erklärungskräftig zu sein. Bei genauem Hinsehen ist allerdings zu erkennen, dass Charles Baker und Philip Scott, die republikanischen Gouverneure von Massachusetts und Vermont, regelmäßig demokratische und progressive Positionen vertreten. Sie gelten als äußerst moderate Republikaner und werden nicht selten auch in das demokratische, linke Spektrum der sog. *Liberals*²⁸ gerückt (Richards, 2018). Auch Larry Hogan, der republikanische Gouverneur von Maryland, ist ein moderater, ‚violetter‘ Republikaner²⁹ (Austermuhle, 2018 & Burns, 2019)

²⁸ Eine Bezeichnung in den USA für die eher progressive und/oder politische Linke.

²⁹ Referenz an die farbliche Mischung zwischen den ‚blauen‘ Demokraten und den ‚roten‘ Republikanern.

Genau wie die in Kapitel 3.2.3 erwähnten zwölf demokratischen Gouverneure sandten auch Baker und Scott im Jahr 2017 einen gemeinsamen Brief an Präsident Trump mit der Bitte, nicht aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten (Georgetown Climate Center, 2017/2). Zusätzlich zur moderaten Haltung der beiden Gouverneure halten die Demokraten in den Parlamenten der beiden Bundesstaaten sowohl im *State Senate* als auch im *House of Representatives* eine klare Mehrheit. Baker und Scott handeln hier also nicht entsprechend ihrer Parteimitgliedschaft, sondern erfüllen die Annahmen der Responsivitäts- und Machtressourcentheorie in Bundesstaaten, in denen die Bevölkerung eine im nationalen Vergleich recht hohe Klimaakzeptanz vorweist und klimaschädliche Schwerindustrien so gut wie nicht vorhanden sind (YPCCC, 2019/1).

Dass Massachusetts, für republikanische Verhältnisse, schon länger einen Sonderweg fährt, zeigte sich auch unter der Regierung des republikanischen Gouverneurs Mitt Romney³⁰. Der Bundesstaat Neuenglands führte 2006 unter Romney eine Gesundheitsreform ein, welche als Vorgänger der nationalen, von den Republikanern kritisierte, Gesundheitsreform *Obamacare* diente und deshalb auch den Beinamen *Romneycare* trägt (ObamaCareFacts, 2015).

Genau gegenteilig zur Situation in Neuengland kann die fehlende USCA-Mitgliedschaft der demokratischen Gouverneure in den traditionell republikanischen Staaten Kentucky, Kansas und Louisiana erklärt werden. Es handelt sich hier um ‚rote‘ Staaten, in denen auch die Bevölkerung im Vergleich klimaskeptischer ist und der Klimawandel bei der Wahlentscheidung keine große Rolle spielt (YPCCC, 2018/2). In allen drei Staaten hält die republikanische Partei eine Mehrheit in den Parlamentskammern und die amtierenden demokratischen Gouverneure können eher dem konservativen Lager ihrer Partei zugeordnet werden (Ballotpedia, 2020).

Anders ist es im USCA-Mitgliedstaat Montana. Die Bevölkerung im *Treasure State* hat in den angewendeten Umfragen dieser Arbeit eine im Vergleich recht große Klimaskepsis gezeigt und auch wenn die fossile Brennstoffindustrie keine besonders wichtige Rolle spielt, ist sie hier dennoch präsenter als in den meisten anderen USCA-Mitgliedstaaten (YPCCC, 2019/1 & BEA, 2020). Auch ist Montana historisch ein traditionell eher

³⁰ Mitt Romney war auch republikanischer Präsidentschaftskandidat gegen Barack Obama in 2012.

republikanischer Staat, sodass sich die Mitgliedschaft Montanas in der Klimaallianz, anders als bei den vorherigen Ausnahmen, aussagekräftig nur durch das Parteibuch des demokratischen Gouverneurs Steve Bullock erklären lässt. Obwohl die USCA schon im Juni 2017 gegründet wurde, trat der damals bereits amtierende Bullock erst im Januar 2019 in die Allianz ein (USCA, 2019/1). Dieser verzögerte Beitritt könnte durch das Fehlen der anderen Einflussfaktoren erklärt werden.

Zum Schluss sollen noch kurz wenige weitere Ausnahmen thematisiert werden: In Texas liegen die Umfragewerte zum menschengemachten Klimawandel zwar über den 50 %, dies mit 52 % allerdings nur leicht und insgesamt unter dem nationalen Durchschnitt. Hier sind vor allem der republikanische Charakter des Staates – mit ‚rotem‘ Gouverneur – und die starke Schwerindustrie ausschlaggebend für die fehlende Mitgliedschaft. In Florida lassen sich die leicht befürwortenden Klimaumfrageergebnisse durch die wetterbedingten Folgen des Klimawandels erklären. Florida wird regelmäßig von Hurrikans und Überschwemmungen heimgesucht, dennoch liegt auch hier der Glaube an einen menschengemachten Klimawandel nur sehr knapp über der Mehrheit. Ausschlaggebend für die fehlende Mitgliedschaft in der USCA ist auch hier vor allem das republikanische Parteibuch des Gouverneurs Ron DeSantis.

Anhand der in diesem Kapitel aufgezeigten abweichenden Fällen ist eine unterschiedlich starke Bedeutung der verschiedenen Theorien als Erklärungsfaktor zu erkennen. Während die Parteiendifferenztheorie in Vermont, Massachusetts aber auch Kentucky, Louisiana und Kansas den Mitgliedsstatus dieser Bundesstaaten nicht erklären kann, ist es vor allem die Responsivitätstheorie die hier eine Antwort bietet. In Montana ist es allerdings die Parteiendifferenztheorie, die allein die Mitgliedschaft in der USCA erklären kann. In Texas scheint vor allem die Machtressourcentheorie die fehlende Mitgliedschaft zu beantworten.

4. Fazit und Ausblick

Am 7. Juni 2017 kündigte der US-amerikanische Präsident Donald Trump den Austritt seines Landes aus dem Pariser Klimaabkommen an. Am selben Tag gründeten einige US-Bundesstaaten die USCA. Die Gründung der USCA ist dabei ein Beispiel, bei dem zu beobachten ist, wie sich US-Gliedstaaten gegen die politische Linie der Bundesregierung stellen.

Die vorliegende Arbeit hat aus diesem Kontext versucht zu erklären, wie es in den USA zu solch einer Divergenz kommen konnte. Konkret wurde die Frage aufgestellt, wie und warum es zur Gründung und jetzigen Zusammensetzung der USCA kam.

Die USCA ist ein Ergebnis verschiedener Einflussfaktoren. Diese sind der US-amerikanische interstaatliche Föderalismus sowie die Machtressourcentheorie, die Parteiendifferenztheorie und die Responsivitätstheorie. Mithilfe dieser theoretischen Ansätze konnte in der empirischen Untersuchung eine erste, umfassende Erklärung der Forschungsfrage gefunden werden.

Es wurde herausgefunden, dass der interstaatliche Föderalismus die institutionelle Ausgangssituation geschaffen hat, in der die USCA entstehen konnte. Mithilfe der Föderismusausprägungen des *Contested Federalism* und der *Administrative Presidency* konnte festgestellt werden, dass die USCA das Ergebnis eines sich aus der Klimapolitik zurückziehenden Bundes ist. Präsident Trump hat mit seiner Entscheidung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten, die Bundesebene aus der Klimapolitik zurückgezogen und damit eine Lücke geschaffen, in die klimapolitisch äußerst engagierte Bundesstaaten, unter anderem mit der Gründung der USCA, eintreten konnten.

Dieses selbstbewusste, autonome Auftreten mancher Bundesstaaten lässt sich aus dem historischen Kontext erklären. Besonders unter Präsident Obama konnten die Bundesstaaten ihre während der Präsidentschaft von George W. Bush erlangte starke Stellung verteidigen und ausbauen. Auch wenn Obama eine äußerst aktive Klimapolitik betrieb, war er auf die individuelle Zusammenarbeit mit den Staaten innerhalb der bestehenden Gesetzgebung angewiesen, da seine legislativen Hände durch einen blockierten Kongress gebunden waren.

Mithilfe dieser ersten Theorie kann allerdings noch nicht erklärt werden, warum genau manche Bundesstaaten im Juni 2017 diesen institutionellen Rahmen nutzten, um die USCA zu gründen. Auch eine Erklärung bezüglich der Zusammensetzung der USCA, sprich warum bestimmte Bundesstaaten Mitglied und manche kein Mitglied sind, lässt sich damit nicht geben. Hier kommen die Machtressourcentheorie, die Parteiendifferenztheorie und die Responsivitätstheorie zum Tragen.

Die Anwendung der Machtressourcentheorie unter Berücksichtigung der fossilen Brennstoffe hat ergeben, dass Bundesstaaten mit einer aktiven Kohle-, Öl- und Gas-Förderung und -produktion weniger wahrscheinlich Mitglied der USCA sind als die Staaten, in denen fossile Brennstoffe – meist schon aus geologischen Gründen – nur eine geringe Rolle spielen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass der Einfluss dieser Industrien, gemessen am BIP und an den Arbeitsplätzen, in Nicht-USCA-Staaten deutlich bedeutender ist als in denjenigen Staaten, die Mitglied der USCA sind.

Hier ist allerdings anzumerken, dass die fossile Brennstoffindustrie landesweit generell an Bedeutung verliert und sich auch nur auf einige wenige Bundesstaaten konzentriert. Viele Bundesstaaten, die nicht Mitglied der USCA sind, weisen ebenfalls eine geringe Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges auf. So kann ihre Nichtmitgliedschaft mit der Machtressourcentheorie nur schwer erklärt werden. Für zukünftige Untersuchungen kann neben der Beleuchtung des wirtschaftlichen Einflusses auch eine genauere Untersuchung des möglichen politischen Einflusses solcher Industrien, z. B. durch Lobbying, von Bedeutung sein.

Es sind die beiden Theorien der Parteiendifferenz und der Responsivität, die die Zusammensetzung, aber auch den Gründungszeitpunkt der USCA, am aussagekräftigsten erklären. Die vorliegende Untersuchung hat ergeben, dass die USCA in erster Linie eine politische Allianz ist. Mit ihrer Gründung wollten mehrheitlich demokratische Gouverneure ein Zeichen gegen die Klimapolitik von Donald Trump setzen. Die Wahlen des Jahres 2018 stehen symbolisch für diese Parteiendifferenz. In den Fällen, in denen ein republikanischer Gouverneur von einem Demokraten abgelöst wurde, trat dieser wenige Zeit später in die USCA ein.

Mit diesem Verhalten handelten die jeweiligen exekutiven Mandatsträger überwiegend nur entsprechend der Einstellung ihrer Wählerschaft. Wähler der Demokraten glauben eher an einen menschengemachten Klimawandel und priorisieren diesen auch deutlich stärker in ihrer Wahlentscheidung als die Wähler der Republikaner. Bundesstaaten der USCA sind vor allem die traditionell ‚blauen‘ Staaten, während die traditionell ‚roten‘ Staaten tendenziell kein Mitglied in der Klimaallianz sind.

Auch ohne die Differenzierung zwischen den beiden großen Parteien ist zu erkennen, dass die klimapolitische Unterstützung aus der Bevölkerung in diesen ‚roten‘ Bundesstaaten geringer ist als in den ‚blauen‘ Staaten. Folgerichtig sind diejenigen Bundesstaaten weniger wahrscheinlich Mitglied der USCA, in denen die Bevölkerung, im nationalen Vergleich, weniger stark an einen menschengemachten Klimawandel glaubt als in den Bundesstaaten, in denen die Werte über dem nationalen Schnitt liegen.

Die USCA ist innerhalb des föderalistischen Kontextes also das Ergebnis einer politischen Gegenreaktion der Demokratischen Partei, beeinflusst durch den schwachen Einfluss der fossilen Brennstoffindustrie und die stärkere klimapolitische Unterstützung der Bevölkerung in manchen Bundesstaaten. Das Auftreten einzelner abweichender Fälle entkräftet dabei keines der herausgefundenen Ergebnisse, sondern ist Beweis dafür, dass die angewendeten erklärenden Theorien für jeden Bundesstaat einen unterschiedlich starken Einfluss haben.

Mit Blick in die Zukunft lassen sich auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeit einige Vermutungen anstellen. Das Präsidentschaftswahljahr 2020 wird entscheidend für den Verlauf der US-amerikanischen Klimapolitik sein. Bei einer Wiederwahl Donald Trumps wäre zu erwarten, dass der Bund sich noch stärker aus der Klimapolitik zurückzieht und diese dann vollständig in die Hand der Bundesstaaten übergeht. Der Klimaföderalismus wäre dann nicht mehr *contested*, sondern eindeutig von den Bundesstaaten dominiert. Die Rolle der USCA würde wohl nicht nur stärker politisiert, sondern als Instrument zur Durchsetzung klimaschutzpolitischer Ziele an Bedeutung gewinnen.

Bei einer Wahl des demokratischen Kandidaten wäre wieder eine verstärkte Aktivität des Bundes in der Klimapolitik zu erwarten.

Neben der zukünftigen Ausgestaltung des Klimaföderalismus wird es spannend sein zu beobachten, wie sich der Parteilinienkonflikt zwischen Demokraten und Republikanern weiterentwickelt und welche Bedeutung der fossilen Brennstoffindustrie in der Zukunft noch zustehen wird. Auch der Einfluss der momentan herrschenden Corona-Pandemie auf die Klimapolitik und die ideologische Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft können bedeutende Untersuchungsgegenstände zukünftiger Arbeiten sein.

Literaturverzeichnis

Aldy, J. E. (2017): Real world headwinds for Trump climate change policy. *Bulletin of the Atomic Scientists*, 73(6), 376–381.
[<https://doi.org/10.1080/00963402.2017.1388673>]

Austermuhle, M. (2018): Socially Blue, Fiscally Red: How Marylanders Elected 'Purple' Governor Larry Hogan. Abgerufen von [<https://wamu.org/story/18/11/08/socially-blue-fiscally-red-how-marylanders-elected-purple-governor-larry-hogan/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Ballotpedia. (2020): Partisan composition of state legislatures. Abgerufen von [https://ballotpedia.org/Partisan_composition_of_state_legislatures], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Besco, L. (2018): Responses to the Clean Power Plan: Factors Influencing State Decision-Making. *Review of Policy Research*, 35(5), 670–690.
[<https://doi.org/10.1111/ropr.12307>]

Biden, J on (2017): [Tweet]. Abgerufen von [<https://twitter.com/JoeBiden/status/870374738597564416?s=20>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Birch, D. (1971): Toward a Stage Theory of Urban Growth, *Journal of the American Institute of Planners*, 37:2, 78-87, [<https://doi.org/10.1080/01944367108977361>]

Brettschneider, F. (1995): Öffentliche Meinung und Politik: Eine empirische Studie zur Responsivität des deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990. Wiesbaden, Deutschland: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Broschek, J. (2009): Der Kanadische Föderalismus: Eine Historisch-institutionalistische Analyse (2009. Aufl.). Wiesbaden, Deutschland: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bulman-Pozen, J. & Metzger, G. E. (2016): The President and the States: Patterns of Contestation and Collaboration under Obama. *Publius: The Journal of Federalism*, 46(3), 308–336. [<https://doi.org/10.1093/publius/pjw008>]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020): Abkommen von Paris. Abgerufen von [<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-abkommen-von-paris.html>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Burns, A. & Lerer, L. (2019): Larry Hogan, Maryland Governor, Urges Republicans to Look Beyond ‘Shrinking Base’. Abgerufen von [\[https://www.nytimes.com/2019/02/23/us/politics/larry-hogan-trump-2020.html\]](https://www.nytimes.com/2019/02/23/us/politics/larry-hogan-trump-2020.html), zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Center for Climate and Energy Solutions (2018): U.S. State Carbon Pricing Policies. Hg. v. Center for Climate and energy solutions. Abgerufen von [\[https://www.c2es.org/document/us-state-carbon-pricing-policies/\]](https://www.c2es.org/document/us-state-carbon-pricing-policies/), zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Clinton, B. (2017): [Tweet]. Abgerufen von [\[https://twitter.com/BillClinton/status/870413077413605376?s=20\]](https://twitter.com/BillClinton/status/870413077413605376?s=20), zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Dahl, R. (1971) *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.

Daley, D. M. & Garand, J. C. (2005): Horizontal Diffusion, Vertical Diffusion, and Internal Pressure in State Environmental Policymaking, 1989-1998. *American Politics Research*, 33(5), 615–644. [\[https://doi.org/10.1177/1532673x04273416\]](https://doi.org/10.1177/1532673x04273416), zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Dunlap, R. E. & McCright, A. M. (2008): A Widening Gap: Republican and Democratic Views on Climate Change. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 50(5), 26–35. [\[https://doi.org/10.3200/envt.50.5.26-35\]](https://doi.org/10.3200/envt.50.5.26-35)

Dunlap, R. E., McCright, A. M. & Yarosh, J. H. (2016): The Political Divide on Climate Change: Partisan Polarization Widens in the U.S. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 58(5), 4–23. [\[https://doi.org/10.1080/00139157.2016.1208995\]](https://doi.org/10.1080/00139157.2016.1208995)

Ebbinghaus, B. (2015): *Machtressourcentheorie und Korporatismusansatz*. In *Handbuch Policy-Forschung* (S. 55–80). Wiesbaden, Deutschland: Springer VS.

Engel, K. (2007): Harnessing the Benefits of Dynamic Federalism in Environmental Law. *Emory Law Journal*, Vol. 56, p. 159; *Arizona Legal Studies Discussion Paper No.* 06-37.

Engel, K. (2009): Whither Subnational Climate Change Initiatives in the Wake of Federal Climate Legislation? *Publius: The Journal of Federalism*, 39(3), 432–454. [\[https://doi.org/10.1093/publius/pjp008\]](https://doi.org/10.1093/publius/pjp008)

Engel, K. (2015): EPA's Clean Power Plan: An Emerging New Cooperative Federalism?: Figure 1. *Publius: The Journal of Federalism*, 45(3), 452–474. [<https://doi.org/10.1093/publius/pjv025>]

Esping-Andersen, G. (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, USA: Princeton University Press

Etzioni, A. (1968): *The Active Society*. New York, USA: Macmillan Publishers.

Eulau, H. & Karps, P. D. (1977): The Puzzle of Representation: Specifying Components of Responsiveness. *Legislative Studies Quarterly*, 2(3), 233–254. [<https://doi.org/10.2307/439340>]

Ganghof, S. (2019): *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft*. New York, USA: Springer Publishing.

Georgetown Climate Center (2017): 12 Governors Urge Trump to Stay in Paris Agreement. Zitiert als (2017/1). Abgerufen von [<https://www.georgetownclimate.org/articles/12-governors-urge-trump-to-stay-in-paris-agreement-keep-u-s-commitments.html>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Georgetown Climate Center (2017): Massachusetts and Vermont Call on Trump Administration to Stay in Paris Agreement. Zitiert als (2017/2). Abgerufen von [<https://www.georgetownclimate.org/articles/massachusetts-and-vermont-call-on-trump-administration-to-stay-in-paris-agreement.htm>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Grisham, M. (2019): Pressemeldung. Abgerufen von [<https://www.governor.state.nm.us/2019/01/29/gov-lujan-grisham-signs-executive-order-committing-new-mexico-to-essential-climate-change-action/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Hare, C. & Poole, K. T. (2014): The Polarization of Contemporary American Politics. *Polity*, 46(3), 411–429. [<https://doi.org/10.1057/pol.2014.10>]

Hassenkamp, M. (2018): Für Kohle und Gott. Abgerufen von [<https://www.spiegel.de/politik/ausland/west-virginia-im-kohlegebiet-ist-die-unterstuetzung-fuer-donald-trump-ungebrochen-a-1237760.html>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Hensch, M. (2017): Bill Clinton on Trump's Paris decision: 'We owe our children more'. Abgerufen von [<https://thehill.com/homenews/administration/336026-bill-clinton-on-paris-decision-we-owe-our-children-more>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Hibbs, D. A. (1977): Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review*, 71(4), 1467–1487. [<https://doi.org/10.1017/s0003055400269712>]

Hibbs, D. A. (1994): The Partisan model of macroeconomic cycles: More theory and evidence for the United States. *Economics and Politics*, 6(1), 1–23. [<https://doi.org/10.1111/j.1468-0343.1994.tb00081.x>]

Howe, P. D., Mildenberger, M., Marlon, J. R. & Leiserowitz, A. (2015): Geographic variation in opinions on climate change at state and local scales in the USA. *Nature Climate Change*, 5(6), 596–603. [<https://doi.org/10.1038/nclimate2583>]

Independent (2017): Merkel says she will help „save our planet“ after Trump’s withdrawal.... Abgerufen von [<https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/paris-agreement-merkel-trump-response-save-earth-us-withdrawal-deal-latest-news-updates-a7768246.html>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Inslee, J. (2017). Formation of United States Climate Alliance. Abgerufen von [<https://www.governor.wa.gov/news-media/inslee-new-york-governor-cuomo-and-california-governor-brown-announce-formation-united>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Kalb-Krause, G. (2005): *Föderalismus in der Defensive? Die Bundesstaaten im politischen Machtgefüge der USA*. Berlin, Deutschland: Stiftung Wissenschaft und Politik

Kennedy, C. (2016): Largest U.S. refinery now belongs to Saudi Arabia. Abgerufen von [<https://eu.usatoday.com/story/money/markets/2016/03/19/largest-us-refinery-now-belongs-saudi-arabia/81974062/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Knill, C., Debus, M., & Heichel, S. (2010): Do parties matter in internationalised policy areas? The impact of political parties on environmental policy outputs in 18 OECD countries, 1970-2000. *European Journal of Political Research*, 49(3), 301–336. [<https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2009.01903.x>]

Konisky, D. M. (2007): Regulatory Competition and Environmental Enforcement: Is There a Race to the Bottom? *American Journal of Political Science*, 51(4), 853–872. [<https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2007.00285>]

Konisky, D. M. (2010): Public Preferences for Environmental Policy Responsibility. *Publius: The Journal of Federalism*, 41(1), 76–100. [<https://doi.org/10.1093/publius/pjp044>]

- Konisky, D. M. & Woods, N. D. (2016): Environmental Policy, Federalism, and the Obama Presidency. *Publius: The Journal of Federalism*, 46(3), 366–391. [https://doi.org/10.1093/publius/pjw004]
- Konisky, D. M. & Woods, N. D. (2018): Environmental Federalism and the Trump Presidency: A Preliminary Assessment. *Publius: The Journal of Federalism*, 48(3), 345–371. [https://doi.org/10.1093/publius/pjy009]
- Korpi, W. (1983): *The Democratic Class Struggle*. London, Vereinigtes Königreich: Routledge.
- Korpi, W. (2001): Contentious Institutions: An Augmented Rational-Action Analysis of the Origins and Path Dependency of Welfare State Institutions in Western Countries. *Rationality and Society*, 13(2), pp. 235-283.
- Kraft, M. E. & Scheberle, D. (1998): Environmental Federalism at Decade's End: New Approaches and Strategies. *Publius: The Journal of Federalism*, 28(1), 131–146. [https://doi.org/10.1093/oxfordjournals.pubjof.a029944]
- Ladd, Jr., E. C. & Hadley, C. D. (1973): Party Definition and Party Differentiation. *Public Opinion Quarterly*, 37(1), 21–34. [https://doi.org/10.1086/268057]
- Laufer, H. & Münch, U. (1998): *Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland* (1998. Aufl.). Wiesbaden, Deutschland: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lincoln, A. (1858): Zitat. Abgerufen von [https://www.brainyquote.com/quotes/abraham_lincoln_135430], zuletzt geprüft am 19.07.2020.
- Löwenstein, Karl (1957): *Political Power and the Governmental Process*. Chicago, USA: Univ of Chicago Pr.
- Massachusetts v. EPA. 2007. 549 U.S. 497.
- National Surveys on Energy and Environment. (2017, Juni) Hg. v. Center for Locale, State and Urban Policy, University of Michigan.
- National Surveys on Energy and Environment. (2018, März) Hg. v. Center for Locale, State and Urban Policy, University of Michigan.
- National Surveys on Energy and Environment. (2018, Oktober) Hg. v. Center for Locale, State and Urban Policy, University of Michigan.

National Surveys on Energy and Environment. (2019, Oktober) Hg. v. Center for Locale, State and Urban Policy, University of Michigan.

New York Times (2016): West Virginia Results. Abgerufen von [<https://www.nytimes.com/elections/2016/results/west-virginia>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Obama, B. Hg. v. NBC News on. (2017): [Tweet]. Abgerufen von [<https://twitter.com/NBCNews/status/870364278750142464?s=20>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

ObamaCareFacts, (2015): What is RomneyCare? (2015). Abgerufen von [<https://obamacarefacts.com/romneycare-romneyhealthcare/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Olson, M. (1985): Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Sicherheit, Tübingen, Deutschland: Mohr Siebeck

Peduto, W. (2017): Paris Climate Accord Statement by Pittsburgh Mayor William Peduto. Abgerufen von [<https://pittsburghgreenstory.com/statement-mayor-william-peduto-paris-climate-accords/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Pew Research Center (2016): The Politics of Climate. Abgerufen von [<https://www.pewresearch.org/science/2016/10/04/the-politics-of-climate/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Pew Research Center (2018): Economic Issues Decline Among Public's Policy Priorities. Abgerufen von [<https://www.people-press.org/2018/01/25/economic-issues-decline-among-publics-policy-priorities/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Phillips, A. (1958): The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957. *Economica*, 25(100), 283–299. [<https://doi.org/10.1111/j.1468-0335.1958.tb00003.x>]

Pitkin, H. F. & University of California Press. (1967): The Concept of Representation. Berkely, USA: University of California Press.

Pruitt, S. (2017): EPA Designate E. Scott Pruitt Attorney General, State of Oklahoma Senate Confirmation Hearing Opening Statement. Abgerufen von [https://www.epw.senate.gov/public/_cache/files/0e505de4-aa91-4dcc-ba23-dc9ddab01c0b/scott-pruitt-opening-statement-final-.pdf], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Rabe, B. (2004): *Statehouse and Greenhouse*. Amsterdam, Niederlande: Amsterdam University Press.

Rabe, B. (2008): States on Steroids: The Intergovernmental Odyssey of American Climate Policy. *Review of Policy Research*, 25(2), 105–128.
[<https://doi.org/10.1111/j.1541-1338.2007.00314.x>]

Rabe, B. (2011): Contested Federalism and American Climate Policy. *Publius: The Journal of Federalism*, 41(3), 494–521. [<https://doi.org/10.1093/publius/pjr017>]

Rabe, B. & Mills, S. (2017): State energy policy in the Trump Era: insights from public opinion. *Journal of Environmental Studies and Sciences*, 7(4), 535–539.
[<https://doi.org/10.1007/s13412-017-0453-6>]

Rakove, J. N. (2009): *The Annotated U.S. Constitution and Declaration of Independence*. Cambridge, USA: Harvard University Press.

Reuters (2017): EU regrets U.S. withdrawal from climate deal, will seek other allies. Abgerufen von [<https://www.reuters.com/article/us-usa-climatechange-eu-statement-idUSKBN18S6CI>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Richards, P. (2018). Republican Governors in New England Defy the Blue Wave. *The Atlantic*. Abgerufen von [<https://www.theatlantic.com/politics/archive/2018/11/republican-governors-new-england-defy-blue-wave/574726/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Riker, William (1975): Federalism. In: Greenstein, Fred/Polsby, Nelson (Hrsg.): *Handbook of Political Science*, Vol. 5, Reading, 93-172.

Schmidt, M. G. & Ostheim, T. (2007): Die Machtressourcentheorie. In *Der Wohlfahrtsstaat: Eine Einführung in den Historischen und internationalen Vergleich* (2007. Aufl., S. 40–50). Wiesbaden, Deutschland: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Selin, H. & VanDeveer, S. D. (2007): Political Science and Prediction: What's Next for U.S. Climate Change Policy? *Review of Policy Research*, 24(1), 1–27.
[<https://doi.org/10.1111/j.1541-1338.2007.00265.x>]

Selin, H., & VanDeveer, S. D. (2009): Climate leadership in northeast North America. *Changing climates in North American politics: Institutions, policymaking, and multilevel governance*, 111-136.

Stotsky, J.G., E.M. Sunley (1997): In Ter- Minassian, T. (ed.), *Fiscal Federalism in Theory and Practice*, Washington, USA.

Trump, D. (2017): Statement by President Trump on the Paris Climate Accord. Hg. v. The White House. Abgerufen von [<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/statement-president-trump-paris-climate-accord/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

United Nations (2015): Paris Agreement. Hg. v. United Nations. Abgerufen von [https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XXVII-7-d&chapter=27&clang=_en], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

U.S. Bureau of Economic Analysis, (2020): “Annual Gross Domestic Product by State” Abgerufen von [<https://apps.bea.gov/itable/iTable.cfm?ReqID=70&step=1>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

U.S. Bureau of Economic Analysis, (2020): “Annual Personal Income and Employment by State” Abgerufen von [<https://apps.bea.gov/itable/iTable.cfm?ReqID=70&step=1>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

United States Climate Alliance (2018): Joint Statement on North American Climate Leadership. Abgerufen von [<http://www.usclimatealliance.org/publications/2018/9/26/joint-statement-on-north-american-climate-leadership>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

United States Climate Alliance (2019): 2019 Annual Report. Zitiert als (2019/1). Abgerufen von [<http://www.usclimatealliance.org>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

United States Climate Alliance (2019/2): 2019 Factsheet. Zitiert als (2019/2). Abgerufen von [<http://www.usclimatealliance.org>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

U.S. Energy Information Administration (2019): Annual Coal report2018. Abgerufen von [<https://www.eia.gov/coal/annual/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

U.S. Energy Information Administration (2020): Crude Oil Production. Zitiert als (2020/1). Abgerufen von [https://www.eia.gov/dnav/pet/pet_crd_crpdn_adc_mbb1_a.htm], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

U.S. Energy Information Administration (2020): Total Carbon Dioxide Emissions, 2017. Zitiert als (2020/2). Abgerufen von [<https://www.eia.gov/state/rankings/#series/226>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

U.S. EPA, (2017): Electric Utility Generating Units: Repealing the Clean Power Plan: Proposal | US EPA. Hg. v. U. S. EPA. Abgerufen von [<https://www.epa.gov/stationary-sources-air-pollution/electric-utility-generating-units-repealing-clean-power-plan-0>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Vogel, D. (1995): *Trading Up: Consumer and Environmental Regulation in a Global Economy*. Cambridge, MA, USA: Harvard University Press.

Welz, W. (2007): Die bundesstaatliche Struktur. In *Regierungssystem der USA* (S. 69–97). München, Deutschland: Oldenbourg Verlag.

Wenzelburger, G. (2015): Parteien. In *Handbuch Policy-Forschung* (S. 81–112). Wiesbaden, Deutschland: Springer VS.

Woods, N. D. (2006): Interstate Competition and Environmental Regulation: A Test of the Race-to-the-Bottom Thesis*. *Social Science Quarterly*, 87(1), 174–189.
[<https://doi.org/10.1111/j.0038-4941.2006.00375.x>]

Yale Programm on Climate Change Communication (2016): Yale Climate Opinion Maps 2016. Abgerufen von [<https://climatecommunication.yale.edu/visualizations-data/ycom-us-2016/?est=happening&type=value&geo=county>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Yale Programm on Climate Change Communication (2018): Democratic & Republican Climate Opinion Maps 2018. Zitiert als (2018/1). Abgerufen von [<https://climatecommunication.yale.edu/visualizations-data/partisan-maps-2018/?est=human&group=rep&type=value&geo=statecounty>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Yale Programm on Climate Change Communication (2018): Importance of Global Warming as a Voting Issue in the U.S. Depends on Where People Live and What People Have Experienced. Zitiert als (2018/2). Abgerufen von [<https://climatecommunication.yale.edu/publications/climate-voters/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Yale Programm on Climate Change Communication (2019): Yale Climate Opinion Maps 2019. Zitiert als (2019/1). Abgerufen von [<https://climatecommunication.yale.edu/visualizations-data/ycom-us/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Yale Programm on Climate Change Communication (2019): The Paris Climate Agreement. Zitiert als (2019/2). Abgerufen von [<https://climatecommunication.yale.edu/publications/politics-global-warming-november-2019/7/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Yale Programm on Climate Change Communication (2019): Global Warming as a Voting Issue. Zitiert als (2019/3). Abgerufen von [<https://climatecommunication.yale.edu/publications/politics-global-warming-november-2019/8/>], zuletzt geprüft am 19.07.2020.

Interviewtranskript mit Prof. Barry G. Rabe vom 20.04.2020

Krause:

Hello Prof. Rabe, Thanks for taking the time to talk to me and help me with my Paper.

It is by applying the American climate federalism, the Partisan theory and the Responsivity theory that I'm trying to answer why the US Climate Alliance was founded in 2017.

Prof. Rabe:

Hello Thibault, I'm looking forward helping you.

Those are very appropriate lenses to think about. I guess I would just make a couple of observations. When you turn to partisanship, especially after the 2016 elections, state partisan cleavage has become even stronger, even deeper.

When the Climate Alliance was forming, you have about 21 or 22 Democratic attorney generals. And they essentially do exactly what the Republican attorneys' generals did in responding to the Obama efforts like the Clean Power Plan. They go into court and form these multi-state suits. I think that this just shows this deep partisan cleavage because the best way you can predict who is going to be on which side of these different lawsuits, and as response to every single Trump initiative and every single Obama initiative, is the partisan affiliation of the attorney general.

Krause:

The Climate Alliance itself is an alliance of governors. Is it more the attorney general or the governor who decides about all these climate decisions, going to lawsuits? Would you put the attorney general into the decision-making process of, for example, joining such an alliance?

Prof. Rabe:

I think if it comes to a state's commitment to honor Paris Agreements or find ways to reduce emissions, that's when it'd be an action of governors or governors working with their legislatures. I don't think an attorney general would have the power to really influence unilateral emissions reductions unless they were doing something like shutting down an industry in their state.

Krause:

So, the attorney generals are a great way to measure these differences? Do you have two or three big lawsuits that would be exemplary?

Prof. Rabe

Exactly, and I would even go so far as to say that what is new in American politics in the last ten years is not that you have these attorneys general, is not that they would sue, but how they come together in a coordinated way, often within days or even hours of an executive brand or presidential decision on regulation, and move aggressively through multi-state litigation and go into court. They are very well-funded, they are very aggressive, and in some ways this follows the 2007 Massachusetts versus EPA Supreme Court decision where a cluster of states actually gained standing before the Supreme Court.

There are three big lawsuits currently before the federal courts. One involves California and other states challenging the Trump administration withdrawal of the California waiver for vehicle emissions.

Then there's something called a bandwagon that allows any other state, once EPA grants that waiver, to take the California position. So you've got about 14 other states, almost all of whom are going to be part of the Climate Alliance, that already understood under the prior administration, that they would be able to do this and count this toward their Paris pledge. So now that the final rule on that has just been issued in the last couple of months for California, and then the new, softer federal vehicle standard that the Trump administration introduced, immediately you see California and these other allied states going into courts and challenging it. Another huge example of this would be under the Clean Power Plan, where within days of Obama administration issuing the Clean Power Plan in 2015, you had more than 20 Republican States taking that into federal court. Even before the election the Supreme Court froze implementation of the Clean Power Plan because of all the controversy and the complexity.

And now the Trump administration has moved to eliminate that with something called the Affordable Clean Energy Rule, which is basically a non-regulatory alternative to fill space. Once again, 20-plus states are now attacking that and arguing that under previous law, they could've used their state implementation plans with EPA and brought those emissions down. And that's just part of the battle. But again, that's attorneys general. So in a sense, I don't think you should redo anything in your thesis, but you should be aware of this and at least acknowledge that this is a reality.

Krause:

In one of my favorite articles of yours „Contested Federalism in American Climate Policy“ you present four different stages of climate federalism, ending in contested federalism. Now we are in 2020. Is there still contested federalism? How would you describe federalism under Trump and under Obama?

Prof. Rabe:

That's a very thoughtful question. I would argue that contested federalism has remained, even under the Obama presidency, in part because no new legislation was adopted. All the policy that was adopted was really designed to work within existing federalism structures. Once the Obama administration realized that the likelihood of passing a cap and trade bill in 2009 and 2010 was small and declining, they really accelerated this transition to using what we call the administrative presidency, which is this use of executive power independent of Congress. And that means you have to work with existing legislation.

The Obama decision was to work with the Clean Air Act and take advantage of the Massachusetts vs. EPA ruling. There are some provisions of the Clean Air Act, which are purely preemptive of state and local government, but most involve states in some way. The vehicle case is unique. Electricity sector is unique. Methane from oil and gas operations and methane from landfill, each one has its own regulatory gain to it, but all of them are contested federalism where EPA gets power to implement, but they have to work with states towards implementation.

Then, if we look at the Trump administration, I would argue it's a bit of a combination of contested federalism and state domination. It becomes very clear early under Trump that there is going to be no effort to try to pass any climate or reauthorizing legislation. There's not going to be any attempt to rewrite the Clean Air Act and go through Congress, even in those first two years where Trump has a strong Republican advantage, and theoretically could've rewritten all of the Obama provisions out. They lost their control of Congress after the 2018 elections, and basically worked to bring the federal regulatory role down to a much more modest level, almost

a negligible federal role. And so I would argue from about 2017 on you're beginning to see continued contested work in federalism, but it's more from states that were opposed to the federal government pulling away. That creates this big opening for states to either do nothing, do quite a lot, or somewhere in between and fall out on that continuum.

Now we are somewhere straddling between contested federalism but also state domination.

Krause:

So the US Climate Alliance is a result out of a tendency back to the states?

Prof. Rabe:

Absolutely. I would even go so far as to argue that had Hillary Clinton been elected president in 2016, you would have seen a continuation of what Obama did.

Krause:

Coming back to the partisan approach. I have read that the ideological divide between the big two parties in climate policy is something that only came up in the last 20, 30 years. What changed?

Prof. Rabe:

The change here is just really profound, and really falls after the 2008 Obama election and the strong backlash to Obama, which is then manifested in the 2010 elections where there are huge shifts from Democratic to Republican control within Congress. Obama loses all of his majorities, and then has to turn to administrative presidency tools because he's working with a very hostile Congress. And in the same election, 2010, you have massive change in the number of governorships or state legislatures that are under Republican control. There is this Tea Party movement and an anti-government response. There's strong hostility to what the Obama administration has done in healthcare with the Affordable Care Act. And so in many respects what you see in climate is only one illustration of this huge divide and cleavage.

I think you capture it very nicely in early periods. It didn't mean that achieving a bipartisan consensus on climate or anything else was easy or automatic. But you weren't as likely to just presume that the clearest model you could use to distinguish likely responses on climate change was the partisan label. This was also reflected in just stunning shifts in public opinion in this period, and major, major declines in the percentage of Americans who believed in the existence of climate change.

Krause:

That would align with my responsiveness approach. I've looked at recent opinion polls and the majority of Americans think that climate change is human made. You do see differences between states though. For example, southern states with lower climate change beliefs are not member of the Alliance. Is there a connection?

And how about industry pushback? You have the Silicon Valley in California with companies who might even gain from climate regulations, Tesla obviously when it comes to car emissions. And then you have the big oil industry, located in other states like Texas and North Dakota, both not member States. Is there a responsiveness towards public opinion and local industry?

Prof. Rabe:

Absolutely. And there are a couple of different ways to think about this. One is actually just to begin to trace this by looking at deposits of fossil fuels geographically in the United States. And

also keep in mind that during the George W. Bush administration the US assumed it was running out of fossil fuels. Towards the end of the Bush administration, because of fracking and shale deposits, not only do states that might've thought they were getting out of the business of oil and gas production get in in a much more substantial way like a North Dakota or an Oklahoma, but you have other states that have relatively limited amounts of oil and gas activity suddenly have to come to terms with the fact that they could be major producers, that this could be a big part of their state economy, and with it, that fossil fuels could be really cheap, especially in the transportation and the electricity sector.

States that have joined the Climate Alliance are overwhelmingly those that do not have fossil fuel deposits, or at least ones that they actively pursue so your point about pushback or challenges from industry is really significant there.

North Dakota is a state where Trump got over 70% of the vote and will again this year. Those states clearly lock in in this framework. And about public opinion, I was part of a survey project where on the very basic question that we used, was: is there solid evidence that global temperatures have warmed over the last four decades? Even before you get to human causation. Around the time of the first Obama election, it was 70% answered yes. By the 2010 election, that had dropped to 55%.

So huge changes took place amongst Republicans and some drops amongst Democrats. But it's at that point where public opinion became and remains pretty severely divided, and even to this day where you're most likely to expect those big drop offs in opinion are going to be in states where there are a lot of Republicans.

Krause:

That is helpful. But you can still observe a majority, even if it's a small one, of people who believe in climate change. So how can someone like Trump win, being so against climate policies, if even in the most Republican states, you still have a majority, of people who believe in it?

Prof. Rabe:

For the most part climate has not been that salient of an issue where we would expect a president, or a governor stand on it to be terribly influential on election result. You would expect someone running for governor of California on a pro-climate position to do well, but that's just not the norm. And things just become too close when you get into that 50 to 60% level of support, especially when that's not endorsing a particular policy but just asking whether a problem really exists.

The other part of it is the electoral college. Since Trump did not win the popular vote, and it was only very narrow victories in a few states. You also have forces and factors that come into play. Turnout tends to be relatively low in American elections. There are some efforts to suppress voting turnout, particularly amongst minority and low-income voters. And so, when you look at the polling numbers, it's not necessarily reflecting who is going to show up or who has the strongest views on various kinds of things. Particularly in the US, you're much likely to turn out to vote as you get older. That's where the greatest level of climate denialism is. But turnout rate goes up as you get to age. The age-range where climate support and belief is greatest, 18-30, is routinely the lowest turnout level.

Krause:

Thank you very much so far!

Last question, do you think Trump has a chance to win again this Fall?

Prof. Rabe:

I don't know. Never underestimate the ability of Donald Trump to do utterly foolish things that actually hurt him politically, and yet find ways to retaliate, attack opponents, take advantage of opportunities that still protect this so-called base. I think it's unclear, particularly when you throw in the electoral college where both he and the Democrat begin with roughly 200 votes in the electoral college, and to win you have to get above 270. His numbers are very poor and far below most governors, but as you may have heard, in Michigan last week our governor, who is on the short list of possible vice-presidential candidates, was seen as overreaching her authority and we had protests and riots at our state capital. Truckers and others showed up, in some cases carrying weapons, tied up the downtown area in Lansing, made national news, and these are popping up elsewhere. Is that majority sentiment? I don't think so, but the US is still so divisive and divided right now, I would never say anything is resolved until it's over.

And there are really concerns here about the transparency and ability to function through an election, especially if we're continuing to struggle with the coronavirus into the fall and as we move into elections. We have so many issues and questions and challenges. My worst nightmare scenario, frankly, is that Trump loses, but it is close, and he refuses to concede. He imposes a challenge in the courts, much as we saw in 2000 with Bush and Gore, and now that you have a more Republican-friendly judiciary, you could have a challenge or something and basically not have an election result?

But I do think Democratic prospects in the states and the Senate, and the House are very strong right now. So you technically could have a second Trump administration but you could have even more Democratic governors and even a Republican loss of the Senate, which would truly tie him in knots and restrict what he could do. Except for the fact that he controls the executive branch and he's been able to so influence the judiciary, which does become a huge factor going forward in anything that presidents might decide to do, because we don't know what's constitutional any longer.

Krause:

Thank you very much Prof. Rabe for taking the time to answer my questions!